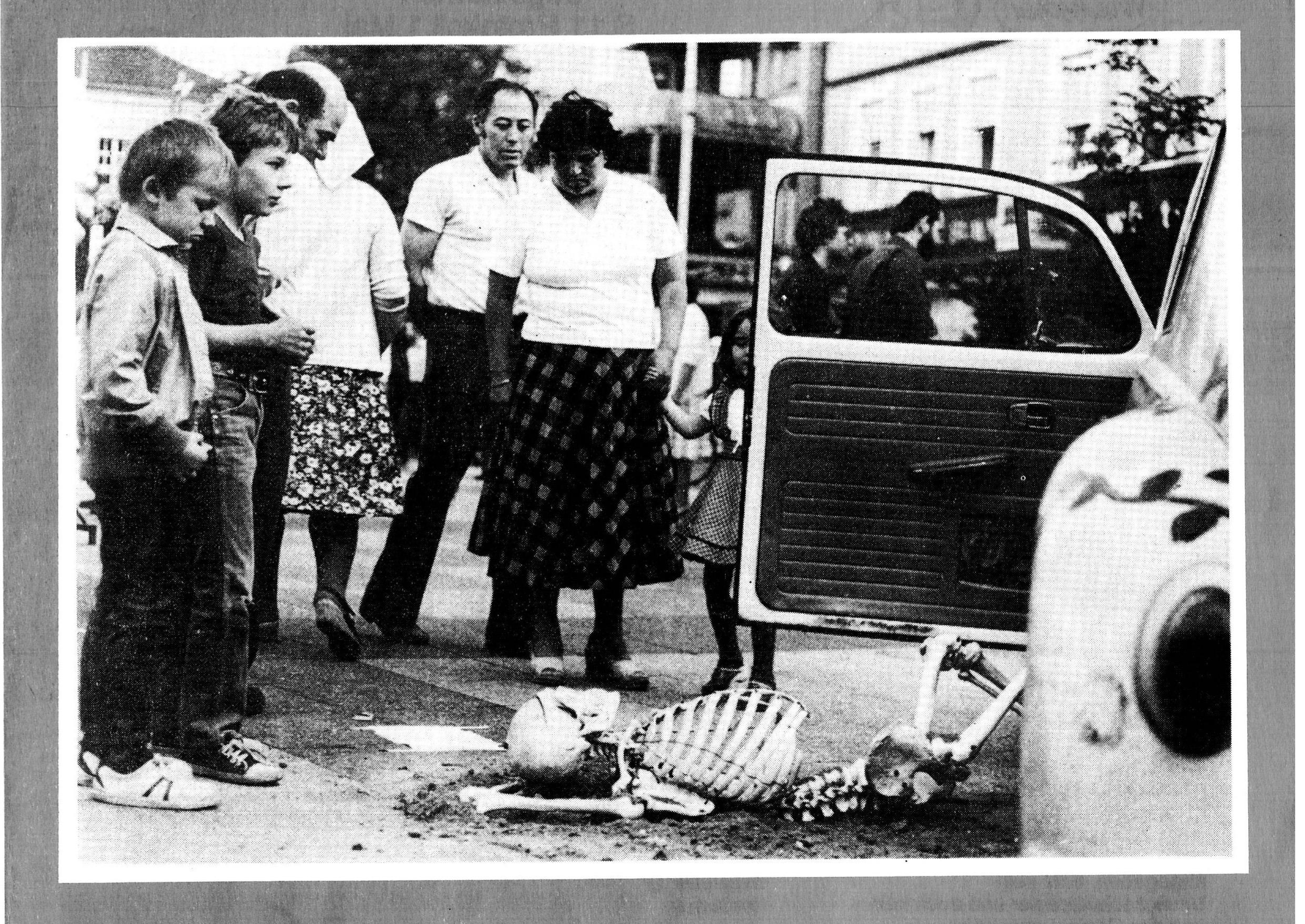
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2⁵⁰ DM



Nr. 231

11. März 1993



Inhalt:



S.3 An die Frauen aus Gießen...
S.6 Presseerklärung Für Männer gesperrt
S.7 Vergewaltigung und Krieg in Jugoslawien
S.11 Protokoll 1.Mai
S.12 Terror 2000 im Kino Sputnik
S.13 Großer Lauschangriff
S.17 Aktionstage gegen Abschottung und Abschiebung
S.18 Was der Solidarpakt mit Flüchtlinglagern zu tun hat
S.19 Bundestagsblockade
S.20 Wer Kijew hat, kann Rußland zwingen
S.25 Bild-Analyse
S.26 Termine

Ordner:

- Konzept und Plan für AntiFa-Demo für Adelsleben
- Freiheit für Gunther
- Infoläden Ost/West
- StahlwerkerInnen-Demo
- Arabische Revolutionäre
- 1.Mai Kritik-Satire
- Radio-Versuch

zum Teil wurden mal wieder nichtreproduzierbare Vorlagen abgegeben. Bitte kein Umweltschutzpapier und auch kein farbiges Papier verwenden.



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

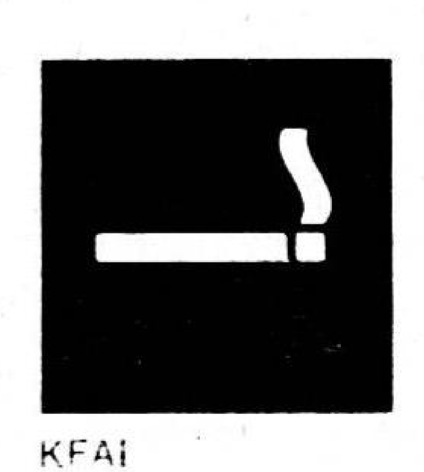


An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229 vom 25.2.93 abgedruckt ist!

Euer Text verlangt aus zwei Gründen eine entschiedene Entgegenung: Erstens deshalb, weil ihr Klischees produziert und reproduziert, die seit einiger Zeit u.a. in der Solidaritätsbewegung zu den politischen Gefangenen kursieren, und zweitens, weil ihr dabei in einem Ausmaß mit Verdrehungen und Lügen arbeitet, daß das einfach nicht mehr hingenommen und übergangen werden kann.
Mein Hauptkritikpunkt an euch ist, um das vorwegzunehmen, daß ihr auf eine Spaltung des Gefangenenkollektivs und der zu den Gefangenen arbeitenden Gruppen hinarbeitet- oder, insoweit euch das selbst nicht bewußt ist, mit einer abenteuerlichen Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit mit eurer Propaganda in diese Richtung wirkt.
Alles, nur nicht das, kann den Kampf für die Freiheit der Gefangenen voranbringen!

Ihr beginnt euren Text mit der nachweislich falschen Behauptung, die RAF hätte in ihrem Schreiben vom August '92 ihre "grundsätzliche Aufgabe des bewaffneten Kampfes" erklärt. Woher nehmt ihr das? Die Genossen/innen haben in ihrem Papier ausführlich erklärt, daß der von ihnen ab '84 auf der Grundlage des Frontkonzepts bewaffnet geführte Kampf aktuell an unüberwindliche Grenzen gestoßen ist, aus dessen Realisierung sich für sie die Konsequenz ergeben hat, diese Kampfform bis auf weiteres zurückzunehmen. Einerseits deshalb, um eine offene Situation herzustellen, innerhalb derer auf Seiten der Linken stärker als bisher gemeinsam neu über Strategien und Projekte grundsätzlicher Veränderung, und über die Methoden zu deren Durchsetzung nachgedacht und entschieden werden kann, und andererseits um dem Staat die Möglichkeit zu geben, bzw. ihm Vorwände zu nehmen das nicht zu tun, sein Verhältnis vor allem gegenüber den Gefangenen zu zivilisiern, d.h. das unausgesprochene Kriegsrecht über sie aufzuheben. An dem versuchsweisen Charakter ihres Vorstoßes hat die RAF keinen Zweifel gelassen, indem sie erklärt hat, daß der bewaffnete Kampf auch zurückkehren kann, wenn der Staat insbesondere in der Frage der Gefangenen von seinem Vernichtungsinteresse nicht abrückt!
Dasselbe gilt für die Gefangenen aus Celle und Lübeck, die ihr als Inkarnation all' dessen was ihr ablehnt offensichtlich besonders auf dem Kieker habt. Ihr unterstellt "bestimmten Gefangenen" sie hätten "der Gewalt abgeschworen", sie würden darauf hinarbeiten "die Erfahrung des bewaffneten Kampfes als Strategie aktuell und historisch zu liquidieren", sie würden "Propaganda für das System" machen und dem Staat "Deckung gegen links" geben usw.. Wird euch nicht selbst schlecht dabei solchen Quatsch zu verbreiten?
Wo hat jemals einer oder eine der von euch genannten Gefangenen der Gewalt abgeschworen? Die Celler haben erklärt, daß sie nach ihrer Freilassung nicht zum bewaffneten Kampf zurückkehren werden. Na und ?! Wenn das Kriterium dafür, welches Verhältnis jemand zum Staat hat, davon abhängt, ob er oder sie Mitglied einer bewaffneten Organisation ist ,dann würde das ja wohl als erstes Fragen nach eurer eigenen politischen Identität aufwerfen, oder? Ansonsten muß man/frau sich nur durchlesen, was z.B. Karl-Heinz Dellwo in der Broschüre "Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozess" geschrieben hat, um zu sehen, daß die Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen sind:


X'70


KFAI

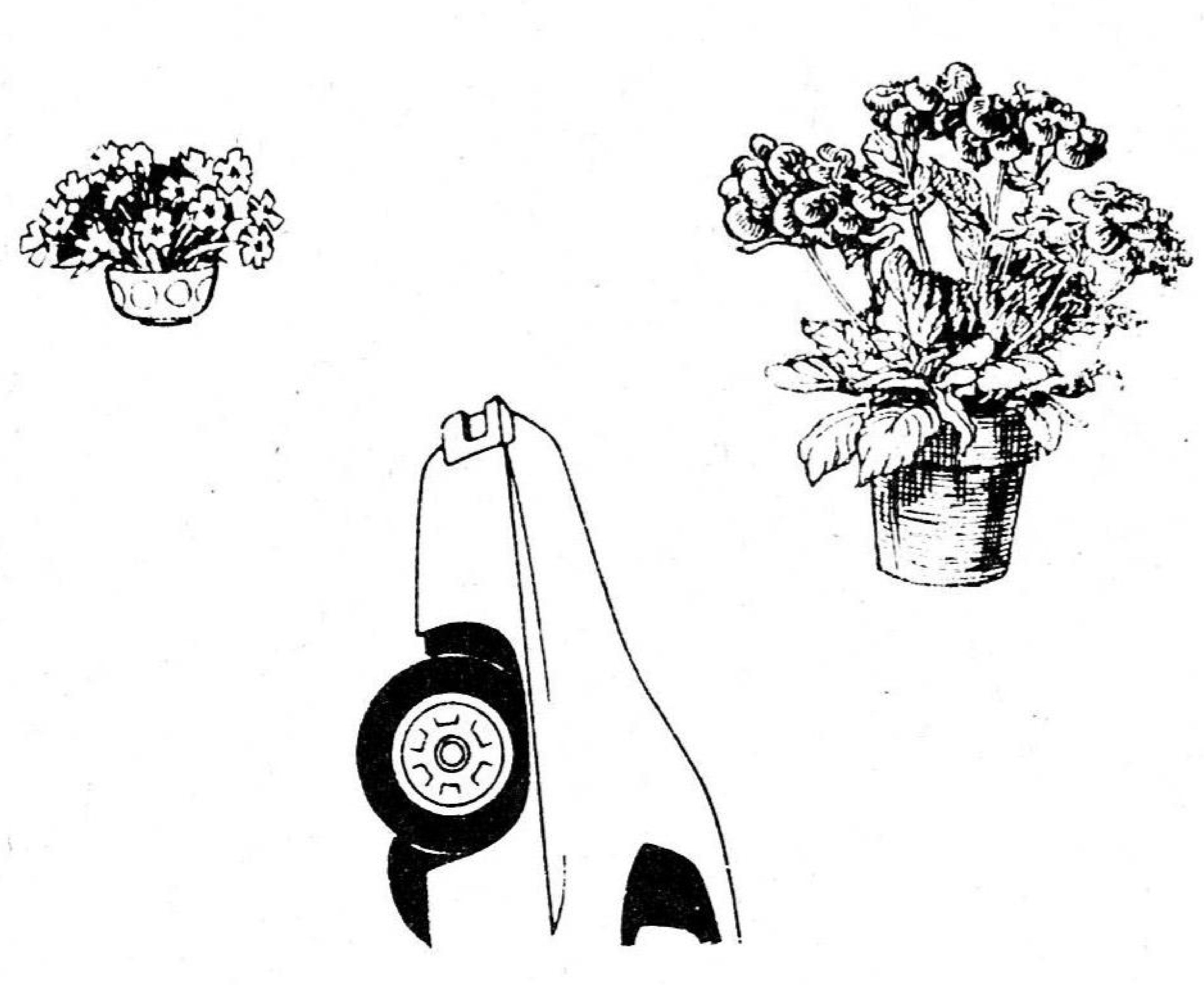

Pg



"...wir müssen das soziale unter den menschen neu herauskämpfen. das ist keine frage an die macht. von dort wird es keine gesellschaftliche umkehr geben. an ihrem verhältnis zu unseren selbstorganisierungsversuchen wird sich nur zeigen, ob das bestand haben kann, was die raf derzeit versucht ... wenn auf der anderen seite alles beim alten bleibt, wird dieser linken auch nur bleiben, sich entweder mit der ohnmacht abzufinden oder das ausrottungsverhältnis gegen sich anzugreifen."
Darüberhinaus erhebt ihr den Vorwurf es würde behauptet werden, der Kampf für die Freiheit der Gefangenen sei einfacher zu führen und realistischer zu bewerkstelligen als etwa der um ZL. Woher nehmt ihr das?

Irmgard Möller hat in ihren Brief vom April '92 unmittelbar nach der 1. RAF-Erklärung zur Aussetzung des bewaffneten Kampfes klar entwickelt, daß es eben nicht darum geht, taktisch auf eine andere Orientierung der Mobilisierung zu den Gefangenen umzuschwenken, sondern deutlich gemacht, daß es sich um eine Forderung handelt, die sich über die Entwicklung der Konfrontation RAF-Staat, der Gesellschaft insgesamt, aus der veränderten internationalen Situation und der Notwendigkeit einer politischen Zäsur aus allen diesen Entwicklungen begründet. Ihr mogelt euch durch den absurden Vorwurf des "Realismus" um eine Auseinandersetzung mit dem politischen Gehalt der Freilassungsforderung herum, indem ihr das alles entpolitisiert und als Trick, um individuell schneller rauszukommen, in den Dreck zieht.
Zusammenhängend mit eurer falschen Unterstellung, die RAF hätte den bewaffneten Kampf "grundsätzlich aufgegeben", behauptet ihr, die Genossen/innen hätten zum "Gewaltverzicht" aufgefordert, und bezeichnet das als "unpolitisch", "entpolitisierend", "sexistisch" und "rassistisch". Wie kommt das, daß ihr die RAF jetzt auf die Seite des Feindes stellt, und aus welchen Quellen speist sich eure Fixierung auf Gewalt an sich?
Niemand hat jemals in Frage gestellt, daß unterdrückte Menschen zur Gewalt als Mittel der Notwehr greifen dürfen. Welche Anmaßung wäre das gewesen! Um aber zu einer Strategie zu kommen, wie eine grundlegende Umwälzung des Bestehenden erreicht werden kann, und welche Mittel dafür notwendig sind, ist es doch erfoderlich die bisher gemachten Erfahrungen zu überprüfen, und sich zu fragen, welchen Sinn bezogen auf die Abwendung konkreter Mißstände und auf die angestrebte Mobilisierung und Durchsetzung alternativer Politikkonzepte die Tötung von staatlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern macht. Daß sich die RAF diese Fragen so spät stellt, ist zu kritisieren, daß sie sie aber überhaupt stellt, ist zu begrüßen!
Außerhalb einer konkreten politischen Bestimmung des bewaffneten Kampfes würde die RAF bei einer Weiterführung der bisherigen Kampfform nur das Objektverhältnis gegenüber dem Staat und Leuten wie euch verlängern: Losgelöst von einer politischen Perspektive oder konkreten Bestimmung würden Aktionen der RAF einerseits dem Staat weiterhin dazu dienen, die Repression gegenüber systemopositioneller Politik zu begründen und zu verstärken, ohne daß dieses durch ein Mehr an akkumulierter politischer Substanz neutralisiert und zurückgewiesen werden würde, und andererseits Menschen wie euch eine Projektionsfläche dafür bieten ihr Rachebedürfnis für erlittenes Unrecht durch andere befriedigen zu lassen. Eine Söldnertruppe kann und darf die RAF nicht sein!

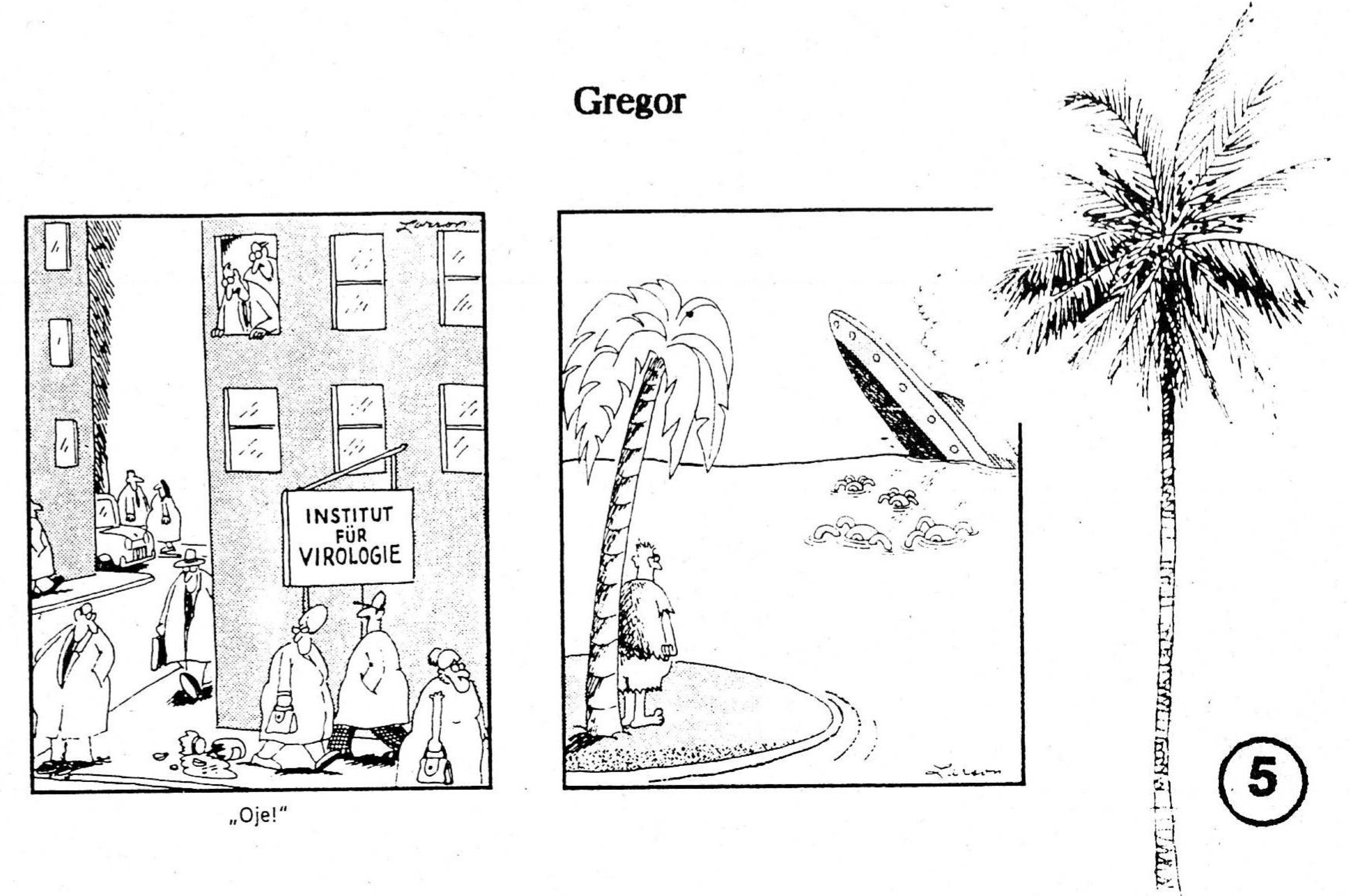




Die Linke befindet sich in einer schweren Krise, vielleicht in ihrer schwersten Krise seit dem Faschismus überhaupt. Die verdrängten Fehler und nicht gelösten Widersprüche der letzten hundert Jahre kommen jetzt hoch und stiften Verwirrung und Verzweiflung. Auf diesen Zustand mit der Zuspitzung tatsächlich oder vermeintlich bestehender Widersprüche mit einer solch überzogenen Schärfe zu reagieren, wie ihr es macht, und darunter vermischt auch noch Gerüchte und Spekulationen zu verbreiten zeugt von einer Verantwortungslosigkeit gegenüber der Situation, die ich mir kaum erklären kann, so daß ich mich frage: Was bezweckt ihr mit eurer Spaltungspropaganda?
Die RAF reagiert auf die tiefe Krise der Linken, wie ich meine richtig, mit einer Öffnung des Horizonts, einer Infragestellung bisher zentraler Kategorien und Begrifflichkeiten. Es gibt dabei Differenzen zu anderen Teilen der Linken, z.B. zu den "Frankfurtern" (Ali,Bernhard,Michi), die aber nicht so gravierend, und in ihren praktischen Auswirkungen nicht so relevant sind, als daß daraus schon zwei unterschiedliche, sich womöglich auch noch unversönliche, feindlich gegenüberstehende Linien konstruiert werden könnten. Der Unterschied, soweit er sich bis jetzt abzeichnet, besteht doch mehr darin, daß die RAF vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte stärker die Notwendikeit betont, sich grundsätzlich neu und verändert den sich zuspitzenden Problemen stellen zu müssen, um sich aus der Krise zu befreien, gesellschaftliche Relevanz zu entwickeln und den Zielen näher zu kommen, die Celler Gefangenen denselben

Ansatz stärker als Bruch zur bisherigen Politik verstehen, während die "Frankfurter" sich durch die Entwicklung der letzten Jahre in ihrer Kritik an der RAF bestätigt sehen, daraus vorsichtiger und gelassener als diese mit dem Definieren von neuen Wegen und Zielen sind, und stärker ihre Verbundenheit mit der marxistischen Theorie und den inhaltlichen Bestimmungen der RAF zum Zeitpunkt ihrer Gründung in den Vordergrund stellen, was angesichts der modischen Erscheinung in der Linken, alles was man/frau vor '89 gedacht und getan hat auf den Müll zu schmeißen, auch richtig und wichtig ist.
Die verschiedenen Akzente in der Diskussion, und es sind erstmal nur Akzente und noch keine ausgefeilten zur Übernahme angebotenen Plattformen für ehemalige oder neue von ihren bisherigen Vorbildern enttäuschte Antiimps und profilierungssüchtige Allesbesserwisser/innen, können, und werden hoffentlich, zu neuen theoretischen Einsichten und praktischen Schlußfolgerungen führen. Sie eignen sich überhaupt nicht für Spaltungsversuche und das Gegeneinanderausspielen einzelner Gefangener, wie das draußen einige versuchen!

Gregor



„Oje!"






TC ICAO WO'72 X'70

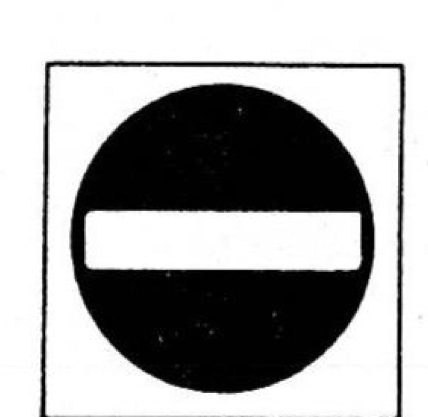
Presseerklärung :
Für Männer gesperrt !!!!
Görlitzer Park von über 200 Frauen besetzt !



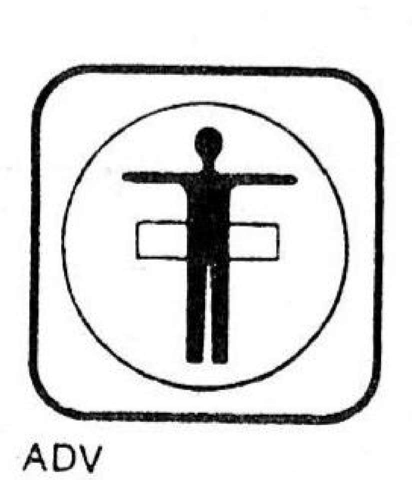
Am Abend des 5. März besetzten über 200 Frauen alle 15 Eingänge des Görlitzer Park in Kreuzberg 36. Die Frauen erklärten in ihren Flugblättern, daß frau jeden Tag und erst recht in der Nacht aufgrund sexistischer Anmache und Gewalt gegen Frauen Parks und dunkle Ecken meiden und lange Umwege in Kauf nehmen muß, um sich sicher von einem Ort zum anderen zu bewegen. Besonders der Görlitzer Park ist für FußgängerInnen eine wichtige "Abkürzung", doch die zahlreichen Überfälle und Vergewaltigungen zwingen Frauen tagtäglich zu langen Umwegen.
An diesem Abend konnten Frauen ohne Angst vor Belästigungen den Park überqueren. Statt dessen mußten die Männer die Umwege laufen. Sie bekamen Flugblätter in die Hand gedrückt, auf denen Frauen unmißverständlich klar machten, daß jeder Mann nachts auf dem Park eine Bedrohung für Frauen darstellt. Außerdem wurde ihnen das Beispiel von Heinz Harry Ziegelowsky vorgehalten, der eine Frau auf dem Park belästigt hatte und daraufhin von zur Hilfe eilenden Frauen verprügelt und öffentlich bekannt gemacht worden war.
Die Aktion war ein voller Erfolg!
Die Männer reagierten ziemlich unterschiedlich auf die Sperren. einige fühlten sich dermaßen provoziert, daß sie versuchten, die Mauern des Parks an geeigneten Stellen zu überklettern, andere brüllten nur noch irgendwelchen beleidigenden Schwachsinn, doch nichts desto trotz, sie wurden alle abgewiesen oder erwischt und mußten außen herum.
Auffällig ist, wie wenig Frauen tatsächlich noch den Park Nachts als "Abkürzung" benutzen. Auf 10 Männer kommt vielleicht eine Frau. Alle Frauen waren jedoch durchweg begeistert von der Aktion und viele machten dort zum ersten Mal einen nächtlichen Spaziergang.

Erobern wir uns die Nacht!!!!!

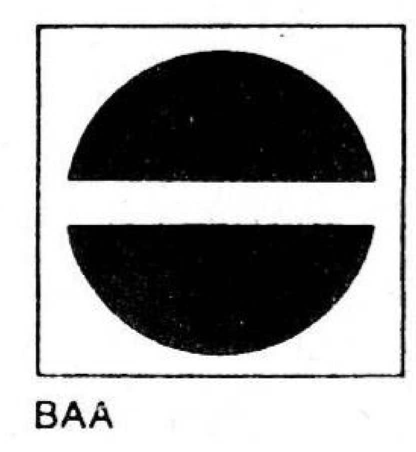
FRAUEN AUF DIE STRASSE! (auch tagsüber)

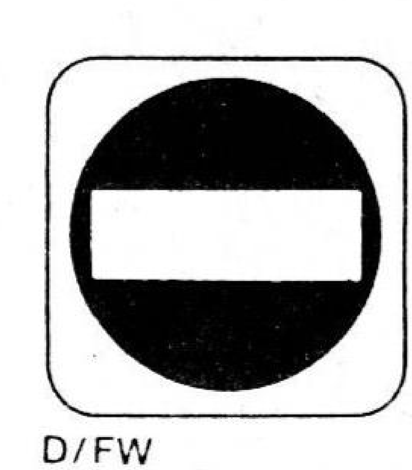


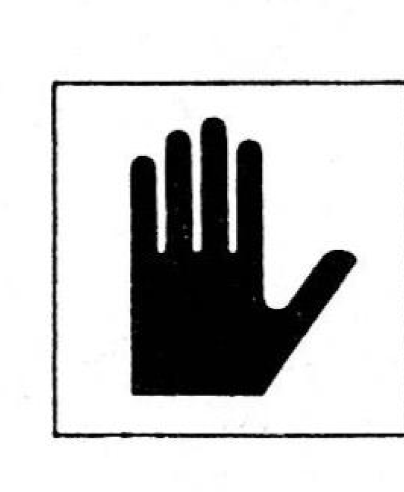

NRR


ADV


DOT'74


BAA


D/FW




KFAI

Vergewaltigungen und Krieg in Jugoslawien

Zur Problematik von feministischer Arbeit und Kriegspropaganda

Die Vergewaltigungen im jugoslawischen Krieg sind in der Bundesrepublik Teil einer Kampagne geworden, um in der Bevölkerung die Bereitschaft zur militärischen Intervention gegen Serbien zu fördern. Das Anliegen von Frauen und Feministinnen, die zunächst die breite Resonanz über Männergewalt im Krieg nutzen wollten, um den Opfern Hilfe zu leisten und zu fordern, daß Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen anerkannt werden, blieb dabei auf der Strecke.

Es sind zwar überwiegend Männer, die die Verbrechen an den Frauen als Mittel zur deutschen Militärintervention funktionalisieren, doch sind auch Feministinnen und Frauengruppen immer weniger in der Lage und bereit, ihre feministischen Forderungen von der antiserbischen Propaganda der deutschen Kriegsbefürworter zu trennen. Themen, die wie die Vergewaltigungen in besonderer Weise Emotionen auslösen, haben in der BRD am ehesten den Boden für die Bereitschaft zur militärischen Intervention als Kriegspartei bereitet: erst die Kinderkampagne, dann die Lagerkampagne. Im jugoslawischen Krieg fällt es mittlerweile schwer, humanitäre Hilfseinsätze zugunsten bosnischer oder kroatischer Kriegsopfer von Interventionspropaganda zu trennen. Es sind wohl nicht zufällig die Koryphäen der Hilfsorganisationen, wie Tilman Zülch von der "Gesellschaft für bedrohte Völker", Rupert Neudeck von "Cap Anamur" und mittlerweile auch Eva Quistorp als "Europafrau", die sich an die Spitze der Interventionsappelle gestellt haben.

Krieg, Männer, Vergewaltigungen

Frauen werden von Männern in Friedens- wie in Kriegszeiten vergewaltigt. Alle fünf Minuten findet in der Bundesrepublik eine Vergewaltigung statt. Die Männer sind den Frauen häufig bekannt. Sie können Freund, Feind, Nachbar, Soldat, Eroberer, Vater, Onkel oder Ehemann sein. Krieg ist ein gesteigerter Ausdruck von Gewalt — Vergewaltigungen in Kriegszeiten gehören daher quasi "zwangsläufig" dazu, egal, ob der Krieg als "gerecht" oder "ungerecht" bewertet wird und unabhängig davon, wer ihn führt und wo er geführt wird. In der Regel kalkulieren alle beteiligten Parteien Vergewaltigungen als "unzumutbar zwar", aber doch unvermeidlich mit ein. So gehörte Vergewaltigung im Ersten Weltkrieg z.B. zu den Terrormitteln, die die deutsche Armee beim Einmarsch in Belgien anwandte. Im deutschen Faschismus kam es während der Reichspogromnacht im November 1938 zu Massenvergewaltigungen an jüdischen Frauen. Vergewaltigt wurde später in den KZs und Ghettos, ebenso auf den deutschen Eroberungsfeldzügen in Polen, der Sowjetunion und auf dem Balkan. Vergewaltigt wurde, als die Alliierten Truppen in Deutschland einmarschierten. Die Nazi-Feindpropaganda gegen die sowjetischen "Untermenschen" und der Antikommunismus des "Kalten Krieges" sorgten dafür, daß besonders die "Rache", die russische Soldaten an deutschen Frauen nahmen, im Bewußtsein verankert blieb. Vergewaltigt wurde auch, als die pakistanische Armee in Bangladesh kämpfte. Zu regelrechten Vergewaltigungswellen kam es durch die amerikanischen GIs im Vietnamkrieg.

Selbst angesehene Historiker oder Medienberichterstatter geben sich in der Regel nur selten damit ab, ausführlicher die Tatsache der Vergewaltigungen zu dokumentieren — dies zum einen, weil es sie nicht sonderlich interessiert, zum anderen liegen nur selten stichhaltige Beweise vor. Vergewaltigte Frauen verschweigen häufig ihre Erlebnisse, weil die Erfahrungen immer wieder bestätigen, daß eine Aussage oder Anklage zu keiner oder zu einer milden Verurteilung führt. Dagegen verdoppeln die gesellschaftliche oder auch familiäre Ächtung und die Reaktion des "betroffenen" Ehemanns die erfahrenen Demütigungen der betroffenen Frau noch einmal. Denn in Kriegs- wie in Friedenszeiten gilt, daß Männer ihren Frauen die "Schuld" an der an ihnen begangenen Tat aufbürden.

Dies öffentlich zu machen und zu verurteilen, blieb fast immer einer kleinen Anzahl von mutigen Frauen vorbehalten. Bis heute wird in der Genfer Konvention, die Kriegsrecht und Kriegsverbrechen regelt, Vergewaltigung nicht explizit als Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung benannt und kann dementsprechend auch nicht wie andere Kriegsverbrechen vor einem internationalen Gerichtshof verhandelt werden. Bis heute wird Vergewaltigung nicht als Asylgrund anerkannt. Selbst das Vietnam-Tribunal eines Bertrand Russell und Jean Paul Sartre gegen die USA beschäftigte sich nicht mit den Vergewaltigungen an vietnamesischen Frauen.

Miittel zum Zweck

Eine Ausnahmesituation allerdings gibt es, in der Berichte über Vergewaltigungen Eingang in die öffentlichen Debatten finden. Dies gilt in solchen historischen Situationen, in denen "mann" sie als Mittel zum Zweck — zur Kriegspropaganda gegen den Feind — benutzen kann. Die Veröffentlichungen über Vergewaltigungen werden dann nur über die andere Seite zusammengestellt, und Vergewaltigung wird als organisierter Bestandteil eines bewußten Vernichtungsplans, eines Gesamtsystems von Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen des Feindes gegen das eigene Volk interpretiert. Nicht das Leid der Frauen steht bei solchen Kampagnen im Mittelpunkt, sondern im eigenen Land die Bereitschaft zur militärischen Vergeltung zu fördern. Die US-Feministin Susan Brownmiller (1) stellte in ihrer Untersuchung zum Thema sexuelle Gewalt fest, daß das Aufgreifen von Vergewaltigungen für Kriegspropaganda höchst wirkungsvoll sein kann, "wirkungsvoller" als der Terror selbst. In ihren Ausführungen über den Ersten Weltkrieg schreibt sie: "Nach den ersten Kriegsmonaten haben die Alliierten sich nicht mehr darum bemüht, Berichte über Vergewaltigungen zu sammeln oder Gerüchte zu verifizieren. Dazu bestand keine Notwendigkeit. Der Krieg hatte nämlich eine neues

und überaus effektives Kampfmittel zur Welt gebracht: den wissenschaftlichen Gebrauch internationaler Propaganda. (...) Vergewaltigung wurde der Weltöffentlichkeit von geschickten Manipulatoren fast über Nacht als typisch deutsches Verbrechen präsentiert." (S.50) Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Propaganda über Vergewaltigung entscheidend zur Akzeptanz des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg beigetragen hat. "Es heizte den nationalen Patriotismus an und machte Kriegsanleihen locker, indem es dem Zerrbild des gesetzlosen Barbaren Authentizität gab, des Barbaren mit Pickelhaube und syphilitischer Geilheit, der unbekümmert Kathedralen zerstört, Bibliotheken verbrennt und kleine Kinder zerstückelt und auf Bajonette spießt." (S. 50)

Vergewaltigung...

Auch in dem Krieg, der im ehemaligen Jugoslawien geführt wird, wird massenhaft vergewaltigt. In dem Bericht von amnesty international heißt es: "Amnesty international glaubt, daß Übergriffe auf Frauen, einschließlich Vergewaltigungen, im Zuge der Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina weitverbreitet waren, daß sich alle an diesem Konflikt beteiligten Seiten solche Übergriffe haben zuschulden kommen lassen, daß jedoch hauptsächlich moslemische Frauen die Opfer und die Täter überwiegend in den Reihen der serbischen bewaffneten Kräfte zu finden waren. Das zugängliche Beweismaterial deutet darauf hin, daß das Vorgehen hinsichtlich der Vergewaltigung von Frauen in einigen Fällen organisiert und systematisch war, wobei Frauen vorsätzlich in Gewahrsam genommen wurden, um sie zu vergewaltigen oder in anderer Weise sexuell zu mißbrauchen. (...) Alle am Konflikt beteiligten Seiten, einschließlich der moslemischen und kroatischen, haben sich Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe gegen Frauen zuschulden kommen lassen. (...) Amnesty international betont ausdrücklich die extremen Schwierigkeiten bei der Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes sexueller Übergriffe, denen Frauen in Bosnien-Herzegowina ausgesetzt waren." (ai-Bericht, Januar 1993)

Bericht und Zeugenaussagen von ai sind ganz offensichtlich bewußt vorsichtig, sachlich und unspektakulär gehalten. Werden sie für glaubwürdig gehalten, dann ist festzustellen: Männer von allen Seiten in diesem mörderisch nationalistischen Krieg haben vergewaltigt, die Zahl der Gewalttaten auf serbischer Seite scheint am höchsten zu sein.

...als Kriegspropaganda

Ganz anders dagegen stellen die FAZ und für die CDU insbesondere der CDU-Abgeordnete Schwarz das Szenario der Vergewaltigungen dar. Die erste ins Auge springende Differenz betrifft die Art der Darstellung. In der FAZ ist es der Reaktionär Reißmüller, der detaillierteste Berichte über Mißhandlungen, Folter und Vergewaltigungen verfaßt hat (2). Bei der Lektüre dieser Machwerke drängt sich der Gedanke auf, daß der Autor während seiner Schilderungen einen pervers-sexuellen Genuß und geheime Befriedigung an den Grausamkeiten empfindet. Auch der CDU-Abgeordnete Stefan Schwarz berauscht sich an Schrecken, Greuel- und Horrorszenen: er spricht von zerstückelten Menschenleibern, kastrierten Männern, bei lebendigem Leibe geschmorten Kindern und von vergewaltigten bosnischen Frauen, denen serbische Ärzte Hunde-Embryonen eingepflanzt hätten — gefolgt vom Hinweis auf "Mengeles serbische Erben", ganz so, als säßen die nicht weiterhin in deutschen Institutionen. Die letzte Meldung wurde inzwischen auch von kroatischen Frauen als eindeutige Falschmeldung zurückgewiesen (3).

Das voyeuristische Ausmalen von sexuellen Gewalttaten, das Suhlen in Schrecklichkeiten, ist ekelhaft. Eine solche Berichterstattung meint nicht die vergewaltigten Frauen, kann nicht für Hilfe und Anteilnahme an ihren Leiden und Traumata werben. Das zweite hervorstechende Merkmal in der Kampagne von FAZ und CDU ist, daß Vergewaltigungen in ihren Darstellungen ausschließlich für die serbische Seite thematisiert werden, daß — mehr noch — bei ihnen Vergewaltigung als geradezu typisch serbische Tat erscheint. Als Feindbild wird hier der barbarische serbische Untermensch entwickelt, der qua Charaktereigenschaft vergewaltigt und quält. So war in der FAZ als ernsthafte Meldung nachzulesen: "In Kroatien sind die Ansichten darüber geteilt, in welchem Maß bevölkerungspolitischer Wahn Motiv der planmäßigen Vergewaltigung ist. Manche Beobachter sprechen von einer genetischen Besessenheit der Serben." (FAZ, 22.12.92) Problematisch ist auch die ansonsten hervorgehobene These, daß durch "systematische und massenhafte Vergewaltigungen Völkermord und die Ausrottung eines ganzen Volkes beabsichtigt" sei. "Seit langem gibt es Beweise dafür, daß die serbischen Truppen in Bosnien Massenvergewaltigungen auch als Mittel der psychischen Vernichtung des Volkes gegen Muslime einsetzen." (FAZ, 5.12.93)

Vermittelt über die bevölkerungspolitische Argumentation tritt das konkrete Leid der Frauen zurück, gilt als zweitrangig gegenüber dem ethnisch-völkischen "Schaden", der als das eigentlich Empörende ins Zentrum gerückt wird. Das Argumentationsmuster ermöglicht außerdem, eine Gleichsetzung mit dem deutschen Faschismus zu betreiben und ausgerechnet damit eine "besondere deutsche Verantwortung" einzuklagen.

Die vergewaltigten Frauen werden funktionalisiert, um nationalistisch-ethnisch argumentieren und die Verurteilung der Serben betreiben zu können. Seit Beginn der Auseinandersetzungen in Jugoslawien setzt sich die bürgerliche Presse (einschließlich TAZ) dafür ein, daß der "zivilisierte Westen" im Jugoslawienkonflikt militärisch eingreifen müsse. Gerade Themen, die emotionalisieren (wie z.B. auch die Kampagne um "die Waisenkinder") werden instrumentalisiert, um in der deutschen Gesellschaft den dafür notwendigen Konsens herzustellen und durchzusetzen, daß an zukünftigen militärischen Aktionen auch die BRD gleichberechtigt beteiligt ist. So schrieb Reißmüller in der FAZ (5.12.92): "Noch vor einem halben Jahr hätten Amerika und Westeuropa der serbischen Aggression gegen Bosnien mit Schlägen aus der Luft viel leichter ein Ende machen können als heute. Aber müßte der westlichen Welt das namenlose Elend der bosnischen Muslime und vor allem der muslimischen Frauen und Mädchen nicht einen großen Einsatz wert sein? Wenn nicht hier und jetzt, wann könnte der Westen noch glaubhaft zu erkennen geben, daß er sich der Humanität verpflichtet weiß?"

Noch schärfer geht Erich Rathfelder in der TAZ zur Sache: er spricht gleich von den "rechtsradikalen, faschistischen" Serben, wenn er den "Einsatz militärischer Mittel" fordert. "Die Bosnier verteidigen deshalb nicht nur ihr Land und ihr multikulturelles Erbe, sondern ein allgemeingültiges, ein humanes Prinzip." (TAZ, 7.12.92)

Der CDU — Abgeordnete Schwarz konnte dank seines "Engagements" für die vergewaltigten bosnischen Frauen — nicht nur einen beträchtlichen Karriereschub für

sich verzeichnen , er erhielt auch breite Zustimmung aus allen Parteien und der Bevölkerung. Die FAZ berichtet (12.12.92), daß man im Auswärtigen Amt registriert habe, daß seit seiner Rede (am 10. Dezember anläßlich des Tages der Menschenrechte) vermutlich eine Mehrheit im Bundestag militärisches Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien fordert.

Ex-Linke auf Kriegspfad

Auch für ehemals alternative FriedenskämpferInnen ist die "Sorge um die Menschen da unten" das Einfallstor für die Unterstützung der Forderung nach militärischer Intervention, für die Formulierung originärer deutscher Großmachtinteressen. Eine besondere Funktion nimmt in ihrer Argumentation die Gleichsetzung der Serben mit Nazi-Deutschland ein, eine Geschichtsrelativierung, die bis zur Wiedervereinigung in diesem Ausmaß eher rechten Historikern und Politikern vorbehalten blieb. Mit ihrem Agieren fügen sie sich in den breiten gesellschaftlichen Konsens ein, und es kommt zu wahrhaft neuen, parteiübergreifenden Bündnissen und Verbindungen. Diese Tendenz ist besonders manifest in Veröffentlichungen der "Gesellschaft für bedrohte Völker". Diese Organisation, die für ihre Ziele auch schon einmal in nationalrevolutionären Zeitschriften wirbt, veröffentlichte ein Buch mit verschiedenen Beiträgen und Stellungnahmen unter dem Titel: "Ethnische Säuberung — Völkermord für Großserbien". (4)

Der Schwerpunkt liegt auf der völkischen Verurteilung Serbiens, das mit den Taten des deutschen Faschismus identifiziert wird: "Aber welchen Sinn soll eigentlich die ständige Beschwörung der Verbrechen des Nationalsozialismus haben, die allseits geforderte 'Trauerarbeit', die keinen Ermordeten wieder lebendig machen kann, wenn man die Hilferufe aus den bosnischen KZs der Gegenwart überhört, nicht einmal in der Lage ist, Genozid und Angriffskrieg auch nur wahrzunehmen?" (S. 10) Der Vorsitzende der GfbV, Tilman Zülch, hat sich denn auch in diversen Stellungnahmen und Interviews für militärische Intervention eingesetzt. Im Dezember letzten Jahres organisierte die "Gesellschaft" eine Demonstration in Bonn "zum Gedenken der 200.000 toten Zivilisten in Bosnien-Herzegowina". Die deutschen Hauptredner waren Bundesarbeitsminister Blüm und besagter CDU- Abgeordneter Schwarz.

Mit knapper Mehrheit forderte die GAL Hamburg als erster Grüner Landesverband die Aufhebung des Waffenembargos und militärische Intervention der UNO in Bosnien-Herzegowina (inzwischen hat eine erneute Mitgliederversammlung den Beschluß revidiert.) Unter Hinweis auf die Massenvergewaltigungen kam die grüne Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Krista Sager zu dem Resümee: "Das schreit einfach zum Himmel, da kann man keine Grundsatzdiskussionen führen." (TAZ, 13.1.93) Die GAL-Abgeordnete Jürgens forderte im "Spiegel" explizit die Beteiligung deutscher Männer an einem Militärschlag. Aufgrund ihrer historischen Schuld hätten die Deutschen geradezu eine Verpflichtung, sich dort durch militärische Einsätze für Menschenrechte einzusetzen.

Auch Eva Quistorp, ehemalige Friedensaktivistin der 80er Jahre und Gründerin der Gruppe "Frauen für den Frieden" — schon in der Vergangenheit für manche Überraschung gut — nutzte die Gunst der Stunde für einen deutschen Positionswechsel. Zwar, so klärte sie auf, stünde sie immer noch zu der Frauenfriedensbewegung. Angesichts der Situation in Bosnien aber reichten die Mittel des Pazifismus nicht mehr aus. Der Überlegung ließ sie schnell Taten folgen, sie unterstützt und engagiert sich seither lautstark in diversen Auftritten und Unterschriftensammlungen für einen Militärschlag gegen die Serben, "ebenso wie im Golfkrieg" — in trauter Eintracht mit Kräften wie den CDUlern Schwarz und Schwarz-Schilling, dem SPDler Niggemeier, den Adligen Ferdinand Fürst von Bismarck, Oskar Prinz von Preußen und sonstigen dubiosen Gestalten.

Der Krieg spaltet die Feministinnen

Konsequenter Nationalismus und die Parteinahme gegen eine Seite haben auch die diversen Frauengruppen und -initiativen gespalten und zersplittert. Das Anliegen, daß Vergewaltigung als öffentlich international es geächtetes Kriegsverbrechen und als Asylgrund anerkannt wird, daß betroffenen Frauen, wenn möglich schnell und unbürokratisch, geholfen werden kann, ist dabei teilweise auf der Strecke geblieben. Auch Argumentationsmuster, die nicht die betroffenen Frauen, sondern ein Volk durch Vergewaltigung angegriffen sehen, haben Eingang in die Frauenbewegung gefunden.

Die TAZ veröffentlichte am 5.2.93 einen Text der US-Feministin Catherine MacKinnon, in dem sie — zu Recht — fordert, Vergewaltigung müsse als Kriegsverbrechen anerkannt werden. Die Juristin erklärt ihre Bereitschaft, im Falle eines internationalen Tribunals die "muslimischen und kroatischen Frauen zu repräsentieren". Ausdrücklich schließt sie aber die serbischen Frauen aus: "Ich bin mir sicher, es gibt serbische Feministinnen, die serbische Männer zur Rechenschaft ziehen wollen. Aber bislang sind mir keine bekannt. Statt dessen sind wir auf Leute getroffen, die als Kollaborateure agieren, indem sie zu vertuschen versuchen, worum es hier geht: um systematisch geplanten Völkermord einer Gruppe gegen eine andere." An MacKinnon's Beitrag wird deutlich, daß sie nicht mehr zwischen Kriegsverbrechen an Frauen und Parteilichkeit (und die Kriegsparteien sind klassisch männer-dominierte Parteien) im jugoslawischen Krieg unterscheidet. Sie übernimmt vielmehr die Behauptung vom serbischen Verursacher des Krieges und erklärt die Frauen zu Mittäterinnen.

Am nachdrücklichsten zeigten sich die Auswirkungen vor Ort. Haben vor dem Bürgerkrieg in Jugoslawien die Feministinnen aller Teilrepubliken gemeinsam für ihre Rechte und Forderungen gekämpft, so trennte sie sofort nach Beginn des Konflikts die Antwort auf die Frage, ob sie sich in erster Linie als "unpatriotische Feministinnen" oder als Angehörige einer Nation fühlten. "Ich habe mich immer als Jugoslawin gefühlt, aber seit Kroatien angegriffen wurde, fühle ich mich als Kroatin." (Aussage einer Mitarbeiterin des Notruftelefons in Zagreb) In Zagreb spaltete sich die Frauengruppe, "Frauenhilfe sofort", an der Frage, ob und wieviele Serbinnen frau (in ein Frauenhaus) aufnehmen und versorgen dürfe. Die Gruppe teilte sich in die "Patriotinnen" und in die "Pazifistinnen". Eine Zusammenarbeit — so die Frauen — sei kaum noch möglich.

Die Hauptspaltungslinie verläuft derzeit zwischen serbischen und kroatischen/bosnischen Feministinnen, wobei die Serbinnen ethnisch als Feindinnen ausgegrenzt werden. Auf zwei "Europatagungen" der Grünen Frauen-Anstiftung in Zagreb und Prag im Oktober 1992 zum Thema "Frauen im Krieg" — das Thema sollte eher "theoretisch" diskutiert werden — kam es zu einer sehr konkreten Machtprobe. Kroatische Frauen wollten serbischen Feministinnen die Teilnahme bzw. das Rederecht verweigern.

Gespalten hat dieser Streit auch Fraueninitiativen in der Bundesrepublik. Offensichtlich haben nur wenige Gruppen ein Unbehagen und Mißtrauen gegenüber dem breiten öffentlichen Mainstream entwickelt, und eine eigene Position in konsequenter Abgrenzung von falschen Frauenfreunden sowie ein kritisches Verhältnis zur deutschen Rolle in diesem Konflikt erarbeitet. Kaum eine Chance für einen Klärungsprozeß ließen die "Promifrauen", die medienwirksam die öffentliche Resonanz für sich nutzten, und sofort mit Initiativen für die Vergewaltigten vorpreschten. Der Anspruch der Unterstützung aller betroffenen Frauen, wenn denn überhaupt vorhanden, geriet dabei sehr schnell zur Farce. Sie machten sich vielmehr umgehend zum Sprachrohr des offiziellen deutschen Konsenses.

Die Profilierung der weiblichen deutschen Politprominenz

Die profilierteste Fraueninitiative organisierte die Fernsehjournalistin und Funkhausdirektorin Lea Rosh. Eine erlesene Riege weiblicher Politprominenz — von Rita Süßmuth und Hanna-Renate Laurin über Herta Däubler-Gmelin bis Waltraud Schoppe — trat als Aufruferin für ein "Internationales Frauentribunal" am 7.2. in Zagreb ein.

Auf einem öffentlichen Vorbereitungstreffen für dieses Tribunal meldeten allerdings mehr als zwei Drittel der fünfhundert anwesenden Frauen Bedenken gegen den Veranstaltungsort an, denn — so ihre Argumentation — eine Durchführung des Kongresses in Zagreb werde serbische Frauen automatisch von der Diskussion ausschließen.

Es war die Antifaschistin Lea Rosh, die gegen Proteste der Mehrheit der Frauen unbeirrt am kroatischen Veranstaltungsort festhielt. Sie kennzeichnete kurzerhand alle, die protestierten, als "Serbinnen". Ihre Behauptung, frau wolle sich aber auch nicht von Kroaten vor den Karren spannen lassen, wirkt am Tag der dortigen Kommunalwahl und nach der Wiederaufnahme des Krieges durch Kroatien unwirklich, mag aber ernstgemeint sein. Die Behauptung, "wir werden uns von niemandem vereinnahmen lassen" (TAZ, 28.1.93), ist allerdings ein Hohn. Man kann als sicher annehmen, daß das Vorgehen gegen die Mehrheit der Frauengruppen mit Rücksicht auf das prominente Bonner Parteien-Frauenbündnis geschah, das quasi Kriegspartei im nationalen deutschen Konsens gegen Serbien ist, und als Inszenierung für die internationale Öffentlichkeit erhalten bleiben sollte.

Seit Beginn des jugoslawischen Krieges verspüren deutsche HelferInnen als Initiatoren von Flüchtlingszügen, Kinderretter und mittlerweile als Überbringerinnen von Schecks das besondere Bedürfnis, sich als die weltbesten BeschützerInnen der Kriegsopfer aufzuspielen. Bedauerlich, daß ausgerechnet eine Antifaschistin wie Lea Rosh an den Serben die NS-Geschichte entsorgt. Deutsche Lehre aus der Geschichte soll sein, daß es nie wieder geschehen darf, nur: die Täter sind diesmal die Opfer von damals.

Einseitig geriet denn auch der Kongreßverlauf. Gleich zu Beginn führte eine kroatische Theatergruppe ein krass antiserbisches Stück auf, was selbst bei den westlichen Initiatorinnen auf Unwillen stieß. Eine Serbin aus den USA, die sich ihre Redezeit erschleichen mußte, wollte die Taten serbischer Männer verurteilen. Sie stieß auf massiven Protest, bosnische und kroatische Frauen verließen den Saal. In einem abschließenden Statement unterstrich Lea Rosh noch einmal ihre Sicht: "Vergewaltigungen sind Erscheinungen eines jeden Krieges. Wir wissen in diesem Kriege aber schon jetzt von Lagern und Bordellen — das ist Genozid vor allem am bosnischen Volke." (TAZ, 8.2.1993) Eindeutig definiert sie hier "Opfer" aus ethnischer Zugehörigkeit und reproduziert so die These von der alleinigen serbischen Verantwortung am Krieg.

Schlußfolgerungen

In dieser Lage ist jeder Ansatz, der sich um Hilfe und Unterstützung für die vergewaltigten Frauen bemüht und um die Anerkennung von Vergewaltigung als Kriegsverbrechen sowie Flucht- und Asylgrund eine Gratwanderung. Positiv könnte die Initiative von deutschen und niederländischen Frauen sein, die alternativ zum Kongreß in Zagreb eine Veranstaltung am 6. März in Amsterdam planen. Dort soll über Hilfsprojekte für Frauen im gesamten ehemaligen Jugoslawien beraten werden, kroatische, serbische und bosnische Frauen werden daran teilnehmen können.

In jedem Krieg, auch in diesem, werden Frauen von allen kriegführenden Parteien vergewaltigt. Ob das diesmal tatsächlich in einem nie dagewesenen Ausmaß passiert, ist fraglich, entschuldigt aber nicht einen einzigen Fall. Die historischen Untersuchungen, Zahlenangaben und Daten von Susan Brownmiller stehen dagegen. Viele Informationen sprechen dafür, daß serbische Militär- und paramilitärische Einheiten mit besonderer Gewaltanwendung vorgehen. Das muß — auf der Grundlage von gesicherten Informationen — auch so benannt werden und ist ein Grund mehr, sich für die Beendigung des Krieges einzusetzen.

Jeder Manipulation aber, die Opfer für Haß und Kriegspropaganda funktionalisieren will, jeder sexistisch, voyeuristischen Berichterstattung, muß entgegengetreten werden. Es ist wichtig, zwischen richtiger Unterstützung und den falschen Frauenfreunden zu unterscheiden, für die Frauenrechte und "Mitleid mit den Opfern" nur Mittel zum Zweck sind.

Im jugoslawischen Konflikt muß versucht werden, Hilfe und Unterstützung für die vergewaltigten Frauen zu organisieren, die jede Orientierung an Nationalitäts- oder Religionszugehörigkeit vermeidet. In diesem Krieg ist für Feministinnen eine Parteilichkeit — außer der, gegen Vergewaltiger zu sein — nicht möglich. Deutsche Feministinnen haben weiterhin allen Grund, jeden Militärschlag und insbesondere jede deutsche Diskussion um eine Beteiligung an militärischen Interventionen zu bekämpfen.

Gabriele Becker

Anmerkungen:

(1) Susan Brownmiller, Gegen unseren Willen, Frankfurt am Main, 1980

(2) vgl. FAZ, 9.10.92: Kroatische Ärzte berichten über die Greueltaten der Serben/ Prügel und Peitschenhiebe, Brandwunden, Geständnisse unter Druck, keine medizinische Versorgung; FAZ, 5.10.92: Metropolit berichtet über Greueltaten/ Dreißigtausend muslimische Frauen nach Vergewaltigung schwanger; FAZ, 30.12.92: Geschlagen, bis der ganze Körper schwarz war/Überlebende serbischer Lager berichten)

(3) Die Tagesthemen-Redaktion weigerte sich, ein von Schwarz zur Verfügung gestelltes Videoband über serbische Greueltaten zu senden, weil — so die Begründung — dem Band jede Beweiskraft fehle. Die Zeit (15.1.1993) beschreibt das Band wie folgt: "Und tatsächlich treten auf diesen Amateuraufnahmen, die Profis im Rhythmus von Spots zusammengeschnitten haben, keine Zeugen auf. Es fehlen vielfach die Ortsbezüge, die Bilder von zerschnittenen Kehlen und verstümmelten Leibern sind — wozu eigentlich? — mit englischem Kommentar und klirrender Begleitmusik unterlegt."

(4) Luchterhand Flugschrift 5, "Ethnische Säuberungen — Völkermord für Großserbien", Zürich, Hamburg, 1993

PROTOKOLL DES 1.MAI-VORBEREITUNGSTREFFENS

Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, den Termin nicht zu veröffentlichen, er kann aber im Infoladen Omega, Sparrstr. 21, 1000 Berlin 65 erfragt werden

DISKUSSION

-Es sollte über **Inhalte, die Bedeutung** des Wortes **revolutionär** und den **Aufruf** gesprochen werden. Kritisiert wurde am bisherigen Verlauf die geringe Kompromißbereitschaft, die oft zu langen Ausführungen und das ausgewalzte Sprechen über Verfahrensfragen.

-Route

-Es wurde folgender Routenvorschlag gemacht: ca.**10.30 Uhr Beginn am Alex-ca.13.00 Uhr Zwischenkundgebung O-Platz-ca.14.30 Uhr Abschluß Friedelhain.**
Der Vorschlag fand Zustimmung, nur der Endpunkt Frankfurter Tor wurde kritisiert. Die genaue Strecke soll beim nächsten Treffen beschlossen werden, wenn die Routen-AG vor Ort alles ausgecheckt hat. Auf der Route liegende "belastete" Gebäude sollen berücksichtigt werden, evtl. Kundgebung etc.

-Aufruf

-Es soll ein gemeinsamer Aufruf von möglichst vielen Gruppen gemacht werden. Ein weiterer Entwurf für die inhaltlichen Schwerpunkte liegt vor, zwecks besserem Austausch der Gruppen untereinander wurde dafür jedoch eine Arbeitsgruppe gebildet, die in kleinerem Kreise bis zum nächsten Treffen ein gemeinsames Papier zur Diskussion stellen soll. Ein Vertreter der "Behinderten" gab den Anstoß, auch die Anti-Diskriminierung mit in den Aufruf zu nehmen.

-Kritik

Es gab außerdem ein Kritikpapier zur bisherigen Verfahrensweise. Kritisiert wurde, daß einige Gruppen ihre Meinung durchdrückten, keine Kompromisse gemacht würden und Frauen durch das Klima abgeschreckt würden. Es gab auch Kritik an der Nicht-Veröffentlichung des Termins. Außerdem fehlten Frauen/Lesben und Immigrantengruppen sowie Ost-Berliner Zusammenhänge. Auch die Überbetonung der Lohnarbeitskämpfe,das Auftauchen von Rassismus/Patriarchat höchstens als Nebenwidersprüche und das "unter den Teppich kehren" von existierenden Widersprüchen zwischen den einzelnen Gruppen wurden kritisiert,Revolution sei eher Lebenshaltung und die revolutionäre 1.Mai-demo solle die Utopie einer anderen Gesellschaft ausdrücken. Einige Gruppen reagierten verständnislos, wieder andere meinten, mensch solle sich nicht nur auf Gemeinsamkeiten berufen sondern auch auf Gegensätze. Die Kritik an den Umgehensweisen miteinander wurde teilweise gebilligt, teilweise wurde diese aber abgelehnt und die Umgehensweise als konstruktiv angesehen.

-weitere Gruppen

Es sollen noch das United Refugee Movement (URM), das Anti-Olympia Kommitee (AOK) und diverse Umweltgruppen angesprochen werden.

.....nur noch **9 Wochen !!**

Terror 2000 im Kino Sputnik

Vor zwei Wochen wurde das Kino Sputnik in der Hasenheide vom Kommando Filmriss überfallen. Dabei wurde die Kopie des Films "Terror 2000" und auch zwei andere Filme mit Buttersäure übergossen und zerstört. Der Filmvorführer war mit Tränengas angegriffen und bedroht worden. Danach wurde in der TAZ eine Presseerklärung des Kino Sputniks veröffentlicht und zu einer Podiumsdiskussion am Sonntagabend im Sputnik Wedding eingeladen. Gleichzeitig war in der Lokalprärie eine Anzeige erschienen, die dazu aufrief, daß alle Menschen, die sich durch "Terror 2000" gedemütigt fühlten an diesem Sonntagabend ihren Protest gegen diesen Film äußern sollten. Auf diese Veranstaltung bezieht sich der nun folgende Brief:

Hallo Sputniks!

Nach der Diskussion vorletzten Sonntagabend bei euch im Wedding möchte ich euch ein paar Gedanken meinerseits zukommen lassen:

Nach euren einleitenden Worten habe ich mich gefragt, warum macht ihr das eigentlich, so eine Diskussionsveranstaltung, bei der ausschließlich Menschen auf dem Podium sitzen, die offensichtlich eurer Meinung sind. Von denen werdet ihr euren Persilschein bekommen, und den wolltet ihr doch. Oder wie war eure Anmerkung gemeint, daß ihr euch wünscht, solche Veranstaltungen nicht mehr abhalten zu müssen, die ja nach jedem Anschlag schon Tradition geworden wären?

Ihr besteht darauf, selbst entscheiden zu können, welche Filme ihr zeigt und welche nicht. Das ist richtig so, denn wer sollte es sonst tun. Die ganze Sache hat nur einen Haken: Auch andere Menschen haben ein Recht darauf festzustellen, wo ihre Freiheit so stark beschnitten wird, daß sie das nicht mehr hinnehmen, sondern sich dagegen wehren. Und wenn ihr ein Kino und Grips im Hirn habt, müßtet Ihr euch mit dieser Problematik auseinandersetzen. Und damit, daß Filme eben nicht "unschuldig" und viele Zuschauer leider nicht "mündig" genug sind, zu entscheiden, von welchen Bildern und in welche Richtung sie sich beeinflussen lassen. Oder wollt ihr allen Ernstes behaupten, es gäbe keine Propaganda, keine Manipulation?

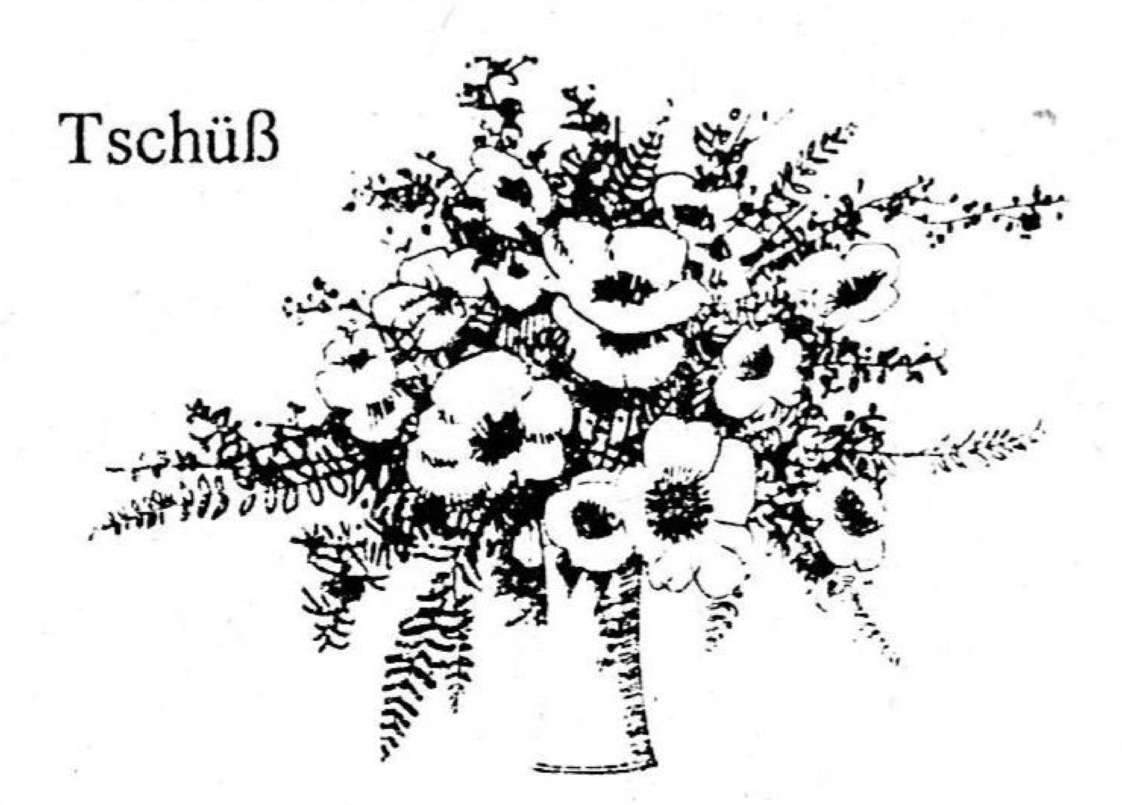
Auch das Argument, hier würde nur der Bote der schlechten Nachricht zur Verantwortung gezogen, ist nur zur Hälfte richtig. Wer erinnert sich nicht an die Bilder aus Rostock-Lichtenhagen und denkt dabei nicht auch an die mobilisierende Wirkung für die Nazis, die diese Nachrichten sicher hatten? Und da bin ich der Meinung daß ihr euch die Frage gefallen lassen müßt, warum zeigt ihr diesen Film, was ist an diesem Film so wichtig, daß die "schimmlige Betroffenheit" (wie Wiglaf Droste sich ausdrückte), daß die direkte Gewalt die er gegen Frauen propagiert und selbst ist, zu vernachlässigen ist? Darauf hätte ich gerne eine Antwort gehört, denn da hätten wir dann diskutieren können: wo sind eure Grenzen des nicht Zumutbaren oder nicht mehr Vertretbaren. Daß es diese gibt, hat zumindest eine Frau von euch erklärt. Auf die Frage, wo diese denn sind, habt ihr leider nicht geantwortet.

Mit dem Geschrei "Zensur, Zensur" kommen wir nicht weiter. Ich glaube, daß wir diesen Begriff etwas genauer benutzen müssen. Für mich bedeutet Zensur ein Machtmittel, das dazu benutzt wird, befreiende, aufklärerische Nachrichten, Bücher, Filme etc. zu unterdrücken, mundtot zumachen. Wenn sich Menschen gegen menschenverachtende Propaganda wehren, ist es einfach nur mies, dies als Zensur zu denunzieren. Und auch die "Freiheit der Kunst" kann doch nur so weit gehen, wie sie die Freiheit und das Leben der Menschen akzeptiert.

Auch das Kommando Filmriss muß sich fragen, ob der Name nicht Programm ist, und ob es angemessen ist, einen Angestellten des Sputniks Gas ins Gesicht zu sprühen und ihm den Tod anzudrohen, falls er sie verfolge.

Nun kann es natürlich sein, daß euch das alles ganz einfach am Arsch vorbeigeht, ihr nur eure Ruhe haben möchtet und einfach Filme zeigt, die euch gefallen und die auch euren Lebensunterhalt sichern (was an sich nichts Ehrenrühriges ist). Wenn dem so ist, dann laßt uns aber bitte mit dem Gejammere in Ruhe, die Kinos am Ku'damm seien viel schlimmer und ihr die armen Unschuldslämmer. Eure Diskussionsabende könnt ihr euch dann bitte auch sparen!

Tschüß



Großer Lauschangriff auf "Jedermann"



In den letzten zweieinhalb Jahren berichteten wir im Info immer mal wieder über die Gesetzesverschärfungen und Erweiterungen polizeilicher Befugnisse im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Organisierten Kriminalität. Die meisten davon, wie der Einsatz Verdeckter Ermittler, erweiterter Zeugenschutz, "kleiner" Lauschangriff usw. sind seit letztem Sommer durch das "Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität" (OrgKG) legalisiert. Nicht so der Große Lauschangriff. Obschon ursprünglich im Entwurf des Bundesrates zum OrgKG vorgesehen, ließ die Bundesregierung aufgrund "verfasssungsmäßiger Bedenken" vorerst die Finger von der Legalisierung des Großen Lauschangriffs. Womit nicht gesagt werden soll, daß jetzt beruhigt aufgeatmet werden kann - ganz im Gegenteil! Zum einen ist ja bekannt, daß auch ohne gesetzliche Grundlage massiv Wohnungen abgehört wurden und werden. Zum anderen spricht gerade die Tatsache, daß der Große Lauschangriff eben nicht in einem Aufwasch mit den anderen Gesetzesverschärfungen im Rahmen der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität erledigt werden konnte, von der besonderen Qualität dieser Maßnahme, auf die weder Polizei noch Regierende so ohneweiteres verzichten möchten.

Zuerst werden die Formen eines Lauschangriffes dargestellt. Anschließend geht es um die politische Dikussion einer Grundgesetzänderung für den Lauschangriff und deren politischen Gefahren.

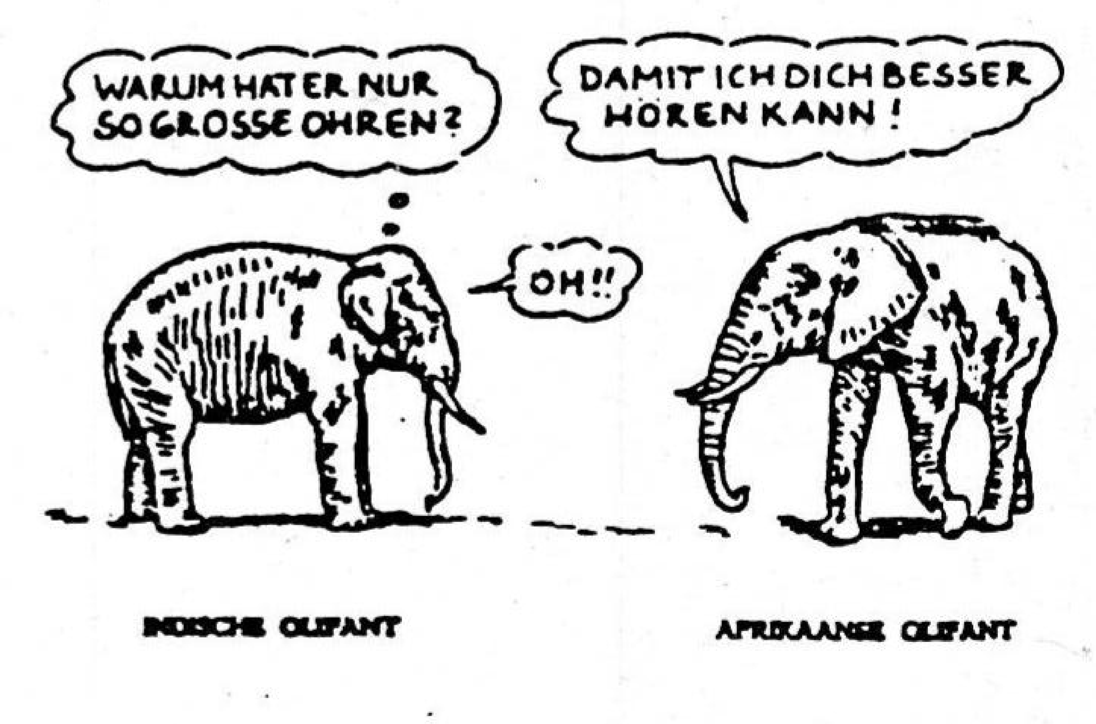
Begriff des Großen Lauschangriffs

Die Debatte um den Großen Lauschangriff ist in allen Kreisen durch die erstaunliche Unklarheit über seine konkreten Maßnahmen und den Unterschied zu anderen Abhör- und Überwachungsmethoden geprägt. Im Entwurf des Bundesrates zum OrgKG wurde der Große Lauschangriff lapidar mit dem "Einsatz technischer Mittel in Wohnungen" umschrieben. 94 Politologen, Staats- und Strafrechtler bezeichneten ihn ihrer ablehnenden Stellungnahme zum Großen Lauschangriff als " die Befugnis der Polizei, in Wohnungen mit'Wanzen', Richtmikrophonen, Infrarotkameras und Sensoren einzudringen". Eine der treffendsten Begriffsklärungen stammt von dem FDP-Bundestagsabgeordneten und Rechtsexperten Burkhard Hirsch: **"Eine Wanze bedeutet den heimlichen Einbruch in eine Wohnung, um sie mit einem Mikrophon zu bestücken. Sie bedeutet das Präparieren eines Telefons, damit auch bei aufgelegtem Hörer jedes im Raum gesprochene Wort mitgehört und aufgezeichnet werden kann. Sie bedeutet das Hineinhören in die Wohnung aus 400 Metern Entfernung mit einem auf das Fenster gerichteten Mikro. Sie bedeutet das vorsorgliche Präparieren eines Hotelzimmers. Sie bedeutet, daß der Versicherungsvertreter Meier, die freundliche Postbotin, der angebliche Steuerberater ein 'technisches Mittel zur Aufzeichnung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes' bei sich führen können, wenn sie mich in ein Gespräch verwickeln." (In: Kritische Justiz 3/92. S. 316f).**

Formen des Großen Lauschangriffes wären:

- "Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen" auf Wohnungen.
- Abhören mittels Wanzen in Hotelzimmern, Garagen und geschäftlich genutzten Räumlichkeiten, die nicht zur Wohnung im engeren Sinn gehören (eine Zwischenvariante von "kleinem" und "ganz großem" Lauschangriff).
- Abhören von Wohnungen = direkter Lauschangriff auf Wohnungen und Geschäftsräume mittels Wanzen innerhalb der Wohnung selbst ("Großer Lauschangriff" im klassischen Sinne).

Das Abhören mittels Wanzen ist ja kein absolutes Novum innerhalb der gesetzlichen Befugnisse der Polizei. Der Einsatz von "verwanzten" Bullenspitzeln, das Abhören von Telefonen und das polizeiliche Horchen im Freien, wird bereits heut als sog. "kleiner Lauschangriff" praktiziert. Dies ist in den Landespolizeigesetzen schon seit geraumer Zeit festgeschrieben. Voraussetzung hierfür ist allerdings dessen Erforderlichkeit "zur Abwehr einer gemeinen Gefahr" oder einer "Lebensgefahr für einzelne Personen", insbesondere den im Einsatz befindlichen Bullenspitzel.. Zwar werden Abhörmaßnahmen dieser Art erwiesenermaßen auch außerhalb dieser relativ engen Voraussetzungen seit Jahren praktiziert, aber das ist immerhin noch nicht legal.



Im Unterschied zur Abhörbefugnis der Polizei zur Gefahrenabwehr geht es beim diskutierten Großen Lauschangriff jedoch um die Befugnis des Abhörens zur Aufklärung eines Verdachts, wobei die Belauschten nicht mal selbst verdächtig zu sein brauchen. Auch Wohnungen völlig Unverdächtiger sollen nach den Vorstellungen der Lauschangriff-Befürworter abgehört werden dürfen, wenn angenommen wird, der Täter oder sein Aufenthaltsort wären dadurch vielleicht herauszubekommen. Dies bedeutet eine völlige Entgrenzung des privaten Bereichs.

Bisher gilt solches Abhören noch als Straftat, die mit bis zu drei Jahren Knast bedroht ist. Das Abhören mittels Wanze wurde übrigens vor noch gar nicht so langer Zeit unter Strafe gestellt, pikanterweise "unter anderem wegen spektakulärer Lauschangriffe auf den ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten Strauß", so hieß es seinerzeit in der diesbezüglichen Gesetzesbegründung.

Einschränkung des Schutzes der Unverletzlichkeit der Wohnung

Einen wesentlichen Schwerpunkt in der Debatte um den Großen Lauschangriff bildet der Streit um den Begriff der Wohnung im Sinne von Artikel 13 Grundgesetz (GG). Artikel 13 GG garantiert mit bestimmten Einschränkungen (wie der Zulässigkeit von Durchsuchungen unter festgelegten Voraussetzungen) die Unverletzlichkeit der Wohnung.

"Wohnung" im Sinne des Artikel 13 GG umfaßt nach Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht die räumliche Privatsphäre - alle Räume, "die der Berechtigte der allgemeinen Zugänglichkeit entzogen und zur Stätte seines Lebens und Wirkens gemacht hat" (Seifert-Hömig; Komentar zum Grundgesetz; Nr. 4 zu Art. 13).Der Wohnungsbegriff wird, der genannten Definition entsprechend, prinzipiell weit ausgelegt, dazu rechnen neben der Wohnung im engeren Sinne und den zur Wohnungseinheit gehörenden Nebenräumen - zum Beispiel Keller, Böden und Garagen - auch Hotelzimmer, Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume aller Art.

Bei der Verabschiedung des OrgKG im letzten Jahr war schlicht unmöglich, eine solche Polizeibefugnis einfachgesetzlich festzuschreiben, weil das ganz offensichtlich gegen das Grundgesetz verstoßen hätte.

Deshalb entschloß sich der Bundestag am 4. Juni 1992, nach der Sommerpause "Möglichkeit und Notwendigkeit einer verfassungsrechtlich einwandfreien und praxisgerechten Regelung des Einsatzes technischer Mittel in fremden Wohnungen" zu prüfen. Bei der Debatte um das OrgKG waren sich Koalition und Opposition darüber einig, daß für den Großen Lauschangriff das Grundgesetz, konkret Artikel 13, geändert werden müsse.

Gesetzesvorschläge für den Großen Lauschangriff

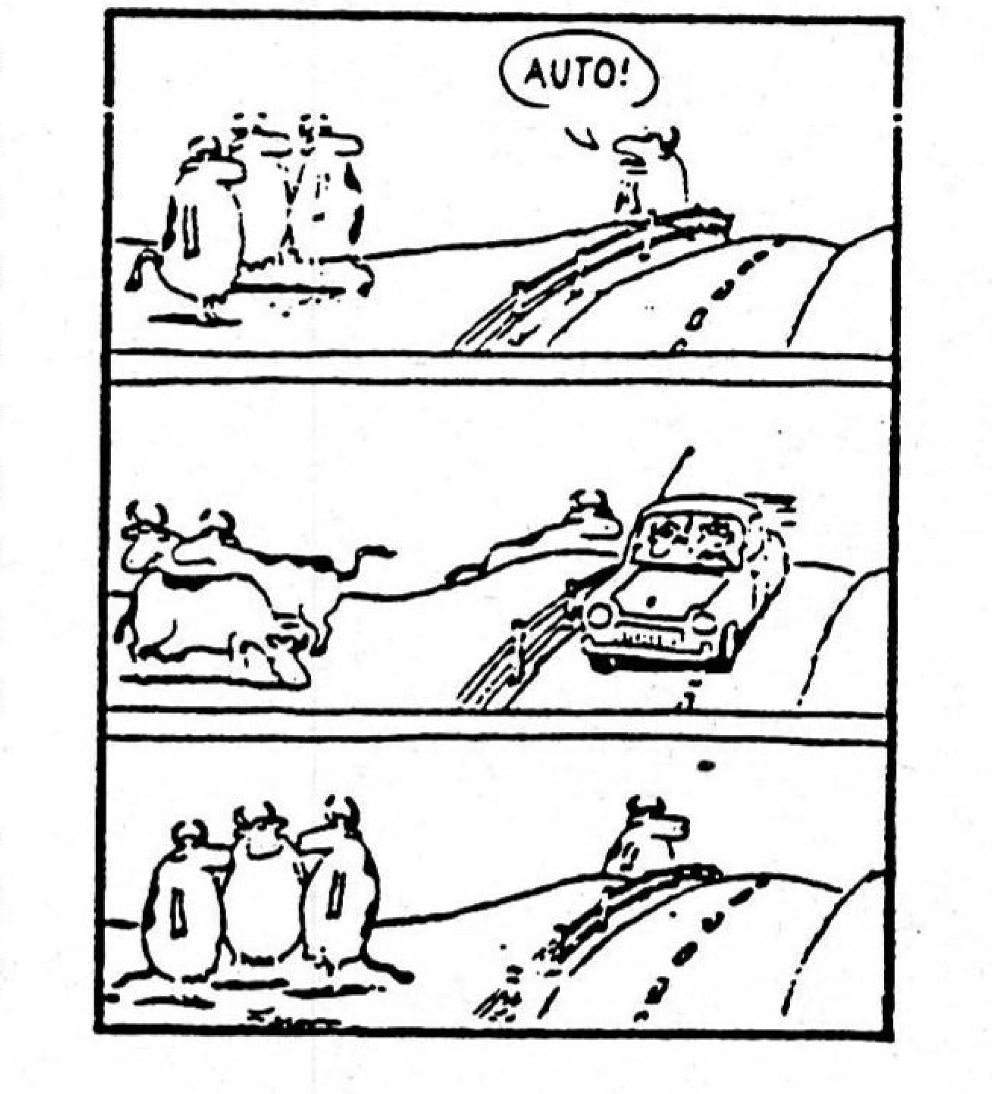
Der Protagonist Nr.1 für den Großen Lauschangriff - der Präsident des Bundeskriminalamtes Zachert - hat immerhin auch schon Vorschläge für die auch seiner Meinung nach notwendige Grundgesetzänderung. Er sieht dafür prinzipiell zwei Möglichkeiten: Zunächst wäre das "Dilemma", daß sich nach geltender Verfassung verbietet, in fremden Wohnungen zu lauschen, durch eine Neudefinition des Wohnungsbegriffs zu lösen. Dieser Weg wird insbesondere von einigen der Lauschangriff-Befürworter innerhalb der FDP favorisiert. Konkret sollen aus dem Wohnungsbegriff vor allem Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume herausgenommen werden, weil in diesen angeblich schwerste Straftaten geplant würden (Spielhallen, Bordelle, Kneipen und deren Hinterzimmer), aber auch Garagen, Hinterhöfe und Hotelzimmer verdienen nach Meinung der Bundesjustizministerin nicht den Namen "Wohnung" und damit auch nicht den Grundrechtsschutz des Artikel 13. Das Herausfallen dieser Räumlichkeiten aus dem Wohnungsbegriff im Sinne von Artikel 13 GG hätte zur Konsequenz, daß diese dem § 100 c I Nr.2 StPO unterfielen und das Abhören dort legal würde. BKA-Chef Zachert geht diese Grundgesetzänderung allerdings nicht weit genug, da er davon ausgeht, daß sich die "organisierten Straftäter" wohl schnell darauf einstellen würden und ihre Gespräche in Wohnungen im eigentlichen Sinne verlegen würden, welche weiterhin unter Grundgesetzschutz stünden. Also soll für derart "kriminelle Elemente" der Schutz von Artikel 13 GG überhaupt nirgendwo mehr gelten. Wenn der Staat nicht bis unter die Bettdecke lauschen darf, ist die Organisierte Kriminalität nicht in den Griff zu kriegen, so etwas vereinfacht die Argumentationslinie Zacherts.

Juristisch läuft die von ihm favorisierte zweite Möglichkeit einer Änderung von Artikel 13 des Grundgesetzes darauf hinaus, die Schranken des Grundrechts zu erweitern. Zacherts Vorschlag füreinen einzufügenden Absatz 2a zu Artikel 13 lautet:

"Das Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes in Wohnungen ist zur Verfolgung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung zulässig, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß diese Straftaten im Rahmen der Organisierten Kriminalität geplant oder verabredet werden" (Deutsche Richterzeitung, 9/92, S. 356).

Diese Abhörmaßnahmen sollen wie die Telefonüberwachung unter einem Richtervorbehalt stehen beziehungsweise bei "Gefahr im Verzug" auch durch Staatsanwaltschaft und deren Hilfsbeamte (sprich: die Bullen) angeordnet werden dürfen.

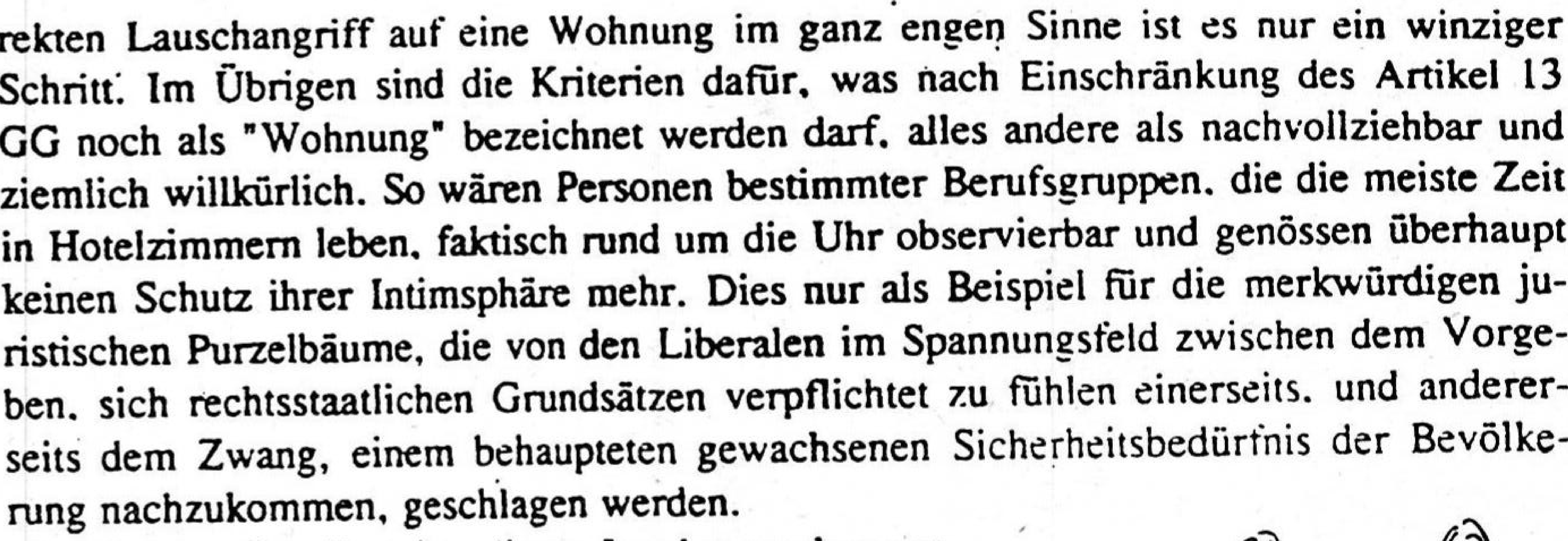
Zacherts Vorschlag ist - von seiner politischen Dimension mal ganz abgesehen - schon juristisch ein Unding. Er spricht von "Straftaten mit erheblicher Bedeutung" und "zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkten" - nun, solche vagen und völlig jeglicher Bestimmtheit entbehrenden Formulierungen sind gerade in Sicherheitsgesetzen nichts, worüber mensch sich sonderlich wundern würde. Allerdings besinnen sich Rechtspolitiker und Gesetzgeber ab und an doch noch mal auf das "rechtsstaatlich unumstößliche Bestimmtheitsgebot", wonach für Gesetze möglichst klare, relativ genaue Voraussetzungen festgelegt werden müssen, unter denen sie angewendet werden dürfen. Die Bestimmtheit von Gesetzen wird um so mehr gefordert, wenn sie - wie beim Großen Lauschangriff der Fall - massiv in Grundrechte eingreifen. Bei wohlwollender Betrachtung könnte gerade noch die "Begrenzung" auf "Straftaten, die im Rahmen der Organisierten Kriminalität geplant oder verabredet werden" zur Begründung dafür herhalten, daß Zacherts Entwurf nicht einen Freibrief für den Großen Lauschangriff zur Strafverfolgung schlechthin darstellt. Jedoch ist wiederum der Begriff der Organisierten Kriminalität, wie wir schon oft anmerkten, derart unbestimmt, weit und in keinster Weise begrenzt, daß sich auch hieraus nicht erkennen läßt, in welchen Fällen der Große Lauschangriff überhaupt illegal sein soll. Sogar Polizeiexperten äußerten in letzter Zeit, daß die Grenzen zwischen Alltags- und Organisierter Kriminalität, was auch immer sie darunter verstehen mögen, verschwimmen und es quasi kaum noch "unorganisierte" Kriminalität gibt.



Daraus wird immerhin schon deutlich, daß die Verwirklichung von Zacherts Vorschlägen auch nach noch in diesem Staat herrschenden Rechtsverständnis schwer vorstellbar ist. Das Mißverhältnis, in dem hierbei die Intensität des Grundrechtseingriffs und die dafür vorgeschlagenen Voraussetzungen stehen, dürfte selbst denen zu weit gehen, die prinzipiell für den Großen Lauschangriff eintreten. Immerhin wäre damit nicht mal mehr der Schein eines Rechtsstaates aufrechtzuerhalten.

Dies dürfte aber auch schon auf weniger radikale Änderungsvorschläge zu Artikel 13 GG zutreffen, zumindest soweit sie Wohnungen im eigentlichen Sinne berühren.

Denn das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung beruht nach herrschender Meinung auf dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und der Menschenwürde (geschützt durch Artikel 2 Abs. 1 und 1 Abs. 1 GG). Der Große Lauschangriff berührt, darüber kann kein Zweifel bestehen, sehr wohl die angeblich unantastbare Menschenwürde, schließlich greift er massiv in die Intimsphäre ein und liefert sie dem totalen staatlichen Zugriff aus. Deshalb dürfte das Grundgesetz theoretisch überhaupt nicht in einer Weise geändert werden, die den Großen Lauschangriff rechtlich möglich macht, da solches durch die sog. "Ewiggültigkeits-Klausel" des Artikels 79 Abs. 3 GG ausdrücklich ausgeschlossen ist.



Von der Telefonüberwachung zum Lauschangriff auf Wohnungen

Mit der Diskussion um den Großen Lauschangriff hat die sicherheitsstaatliche Aufrüstung in diesem Land, insbesondere die Abhörbefugnisse betreffend, einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Forderungen nach immer mehr Abhörbefugnissen seitens der Politik und Polizei standen zwar seit den fünfziger Jahren immer wieder auf der Tagesordnung, nie jedoch in diesem Umfang. Legitmation dafür waren früher allerdings noch nicht die in der BRD ihr Unwesen treibenden Mafiosi, sondern die Spione aus dem Osten, die ihrerseits in den siebziger und achtziger Jahren von der RAF abgelöst wurden. Nachdem im Laufe der Zeit fast alles sicherheitspolizeilich Verfügbare und Gewünschte legalisiert wurde - von Telefonüberwachung bis Rasterfahndung -, hat nun auch der Große Lauschangriff seine Chance.

Die Stunde des Großen Lauschangriffs

Inzwischen ist auch den letzten zögerlichen SPD-Politikern, die noch vor wenigen Monaten aufschrien und meinten, eine Legalisierung des Großen Lauschangriffs käme überhaupt nicht in die Tüte, klargeworden, daß mit solch ehrenwert-rechtsstaatlichen Ansichten kein Blumenpott mehr zu gewinnen ist. Noch im Herbst letzten Jahres sah es so aus, als ob mit einer Grundgesetzänderung zugunsten des Großen Lauschangriffs vorerst nicht zu rechnen sei, "weil die SPD noch unentschieden" war. Oskar Lafontaine regte die Bildung einer Kommission zu diesem Thema an, "da noch Beratungsbedarf bestünde". Währenddessen verbündeten sich Politiker verschiedener Parteien, die massiv für den Großen Lauschangriff eintreten, um weiter für eine Grundgesetzänderung Front zu machen. So entschlossen sich Bayerns CSU-Innenminister Stoiber und der SPD-Innenminister Nordrhein- Westfalens, Schnoor, zu einer gemeinsamen Initiative für den Großen Lauschangriff: In dieser wichtigen sicherheitspolitischen Frage sei im Bundesrat eine "Verantwortungsgemeinschaft" über Parteigrenzen hinweg erforderlich. Kurt Beck - SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender von Rheinland-Pfalz - forderte den Großen Lauschangriff "auf Probe". Im Dezember 1992 erteilte zwar der FDP-Vorstand dem Großen Lauschangriff, wie ihn sich CDU und CSU vorstellen, eine Absage, was aber nicht wörtlich genommen zu werden braucht. Immerhin hat auch die FDP-Spitze nichts gegen eine Grundgesetzänderung im Hinblick auf ein "Engerfassen des Wohnungsbegriffs" einzuwenden, was eine Einschränkung des momentan bestehenden Abhörschutzes ermöglicht. Und vom Bestücken eines Hotelzimmers mit Wanzen zum direkten Lauschangriff auf eine Wohnung im ganz engen Sinne ist es nur ein winziger Schritt. Im Übrigen sind die Kriterien dafür, was nach Einschränkung des Artikel 13 GG noch als "Wohnung" bezeichnet werden darf, alles andere als nachvollziehbar und ziemlich willkürlich. So wären Personen bestimmter Berufsgruppen, die die meiste Zeit in Hotelzimmern leben, faktisch rund um die Uhr observierbar und genössen überhaupt keinen Schutz ihrer Intimsphäre mehr. Dies nur als Beispiel für die merkwürdigen juristischen Purzelbäume, die von den Liberalen im Spannungsfeld zwischen dem Vorgeben, sich rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet zu fühlen einerseits, und andererseits dem Zwang, einem behaupteten gewachsenen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nachzukommen, geschlagen werden.



In allen großen Parteien dieses Landes wachsen so nach und nach die Fraktionen der Lauschangriff-Befürworter. Daß das Thema in Politik und Medien derzeit etwas an Bedeutung verliert, liegt nur daran, daß der Lauschangriff momentan von anderen Debatten, wie der um das sogenannte "Asylproblem" und dem Streit um Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Gebietes verdrängt wird. Angesichts der Meinungsverschiebungen zum Lauschangriff innerhalb der potentiellen nächsten Regierungsparteien kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß dieses Problem zu gegebener Zeit wieder hervorgeholt wird.

Die massiv betriebenen medienwirksamen Warnungen vor dem Phänomen der Organisierten Kriminalität, das ständige Beschwören "italienischer Verhältnisse" in der Bundesrepublik haben schließlich schon Früchte getragen. Vielfach sind JournalistInnen und PolitikerInnen der Repressionspropaganda auf den Leim gegangen und fürchten sich nun ganz schrecklich vor den organisierten Mafia-Banditen, haben das Gefühl von "Sicherheitsverlust". Ihnen wird versucht weiszumachen, daß die einzigen Mittel, Schwerstkriminalität in den Griff zu bekommen, Strafrechtsverschärfungen und Befugniserweiterungen für die Polizei sind. In letzter Zeit ist deutlich zu beobachten gewesen, wie mögliche Gefahren der Organisierten Kriminalität dramatisiert und für eine Sicherheitskampagne instrumentalisiert werden. Es wird der Eindruck erweckt, die Organisierte Kriminalität sei, wie Zachert meint, "Feind Nummmer 1 der inneren Sicherheit". Demgegenüber wird in einer hauseigenen Studie des Bundeskriminalamtes konstatiert, daß es "in absehbarer Zeit der Organisierten Kriminalität kaum möglich sein wird, die Grundsäulen von Demokratie und Rechtsstaat entscheidend zu unterminieren".

Organisierte Kriminalität wird zunehmend als politischer Kampfbegriff verwendet, mit dessen Hilfe liberale Kräfte in diesem Land unter politischen Druck gesetzt werden. Diese Praxis ist, wie schon erwähnt, nicht neu, sie hat sich mehr oder minder seit Entstehen der Bundesrepublik bewährt. Insofern löst auch die Organisierte Kriminalität lediglich die alten, unaktuell gewordenen Legitimationsformeln für sicherheitsstaatliche

Damit die BürgerInnen wieder mehr Vertrauen in Staat und Polizei setzen, wird ihnen also der Große Lauschangriff präsentiert. Es ist natürlich ungünstig, wenn diese Maßnahmen ihre Wirkung als Beruhigungspillen nicht verfehlen sollen, sie unter dem Begriff "Großer Lauschangriff" zu verkaufen. Da die "Verwendung eines emotional derartig aufgeladenen Begriffes der Sache nur schadet", schlägt BKA-Chef Zachert vor, die Wortschöpfung der Geheimdienste aus der "Abhöraffäre Traube" von 1977 durch die Bezeichnung "Elektronische Aufklärung" zu ersetzen. Das hört sich doch gleich viel netter und unverfänglicher an und niemand wird auf den Gedanken verfallen, daß dahinter die Verwanzung von Wohnungen steckt - unter bestimmten unglücklichen Umständen vielleicht sogar der eigenen vier Wände.

Und daß der Lauschangriff tatsächlich jede/n treffen kann, wird von den Befürwortern ja konsequent verschwiegen und verschleiert, indem propagiert wird: "Wer gegen den Lauschangriff ist, ist für das Verbrechen". Eine Argumentationsweise, die übrigens auch immer wieder auftaucht, wenn es um grundrechtseinschränkende Maßnahmen geht - "Datenschutz ist Täterschutz" bzw. "Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten" und ähnliche sattsam bekannte Parolen.

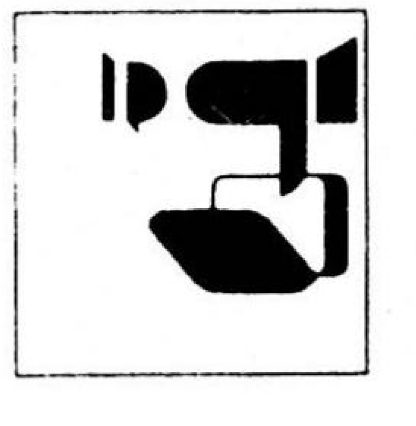
Gefahren des Großen Lauschangriffs

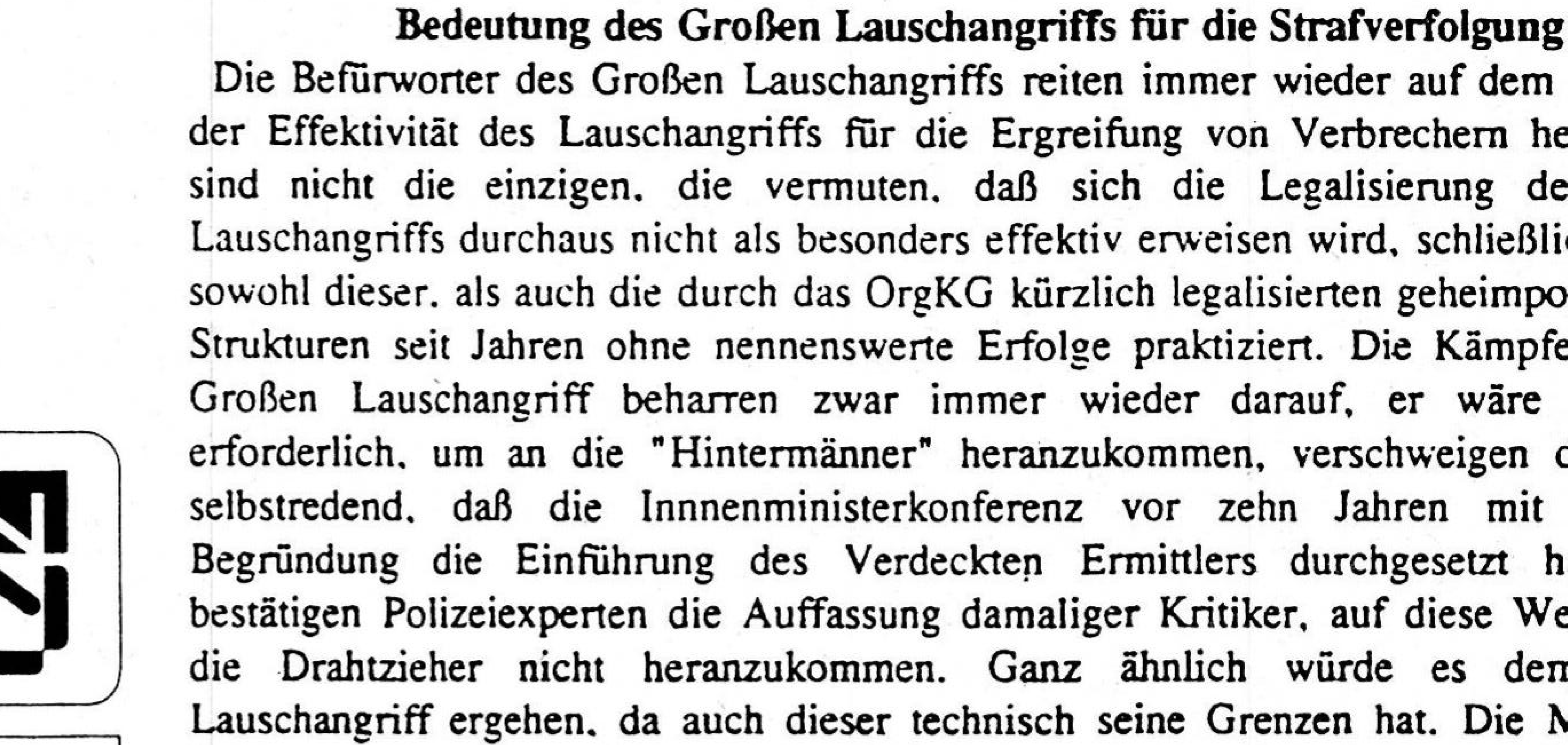
Der Große Lauschangriff im Rahmen der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist auch hinsichtlich der mit ihm verbundenen Gefahren mit den Auswirkungen der Maßnahmen der sogenannten "Anti-Terror-Gesetze" vergleichbar. Auch deren Bereich hat sich schließlich ganz unwahrscheinlich ausgeweitet, so betrifft zum Beispiel das Sonderrechtssystem des § 129 a StGB längst nicht mehr vorrangig Leute aus dem bewaffneten Widerstand, worüber wir ja bisweilen im Info zu berichten hatten. Ähnliche Entwicklungen wird es auch mit den Sonderbefugnissen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität geben, die zum größten Teil schon durch das OrgKG legalisiert wurden beziehungsweise wie der Große Lauschangriff in naher Zukunft per Gesetz gestattet werden sollen.

Damit setzt sich nur eine Entwicklung fort, die schon vor längerer Zeit, spätestens mit der "Anti- Terror- Gesetzgebung", begonnen hat. Es verstärkt sich die Tendenz, daß sich staatliche Ermittlungseingriffe nicht mehr vorrangig gegen "Tatverdächtige", sondern eine Vielzahl Unbeteiligter richten - der früher randständige Zugriff auf Unverdächtige wird bei den modernen Ermittlungsmaßnahmen wie Telefonüberwachung und anderen Observationspraktiken die Regel. Die Praxisentwicklung der "inneren Sicherheit" verstößt unter anderem gegen das verfassungsmäßige Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten und gegen die Rechtsschutzgarantie. Letzteres deshalb, weil der Rechtsschutz üblicherweise mangels Kenntnis der Betroffenen von den geheimen Einsätzen faktisch ausgeschlossen ist.

Alles in allem schließt der Große Lauschangriff eine Lücke im repressionspolitischen Instrumentarium der Staatsschützer. Konsequent und beharrlich haben die Repressionsstrategen über lange Jahre am Lauschangriff festgehalten: sie werden ihn, vergleichbar mit der Einführung der Kronzeugengesetzgebung, schlußendlich durch massive





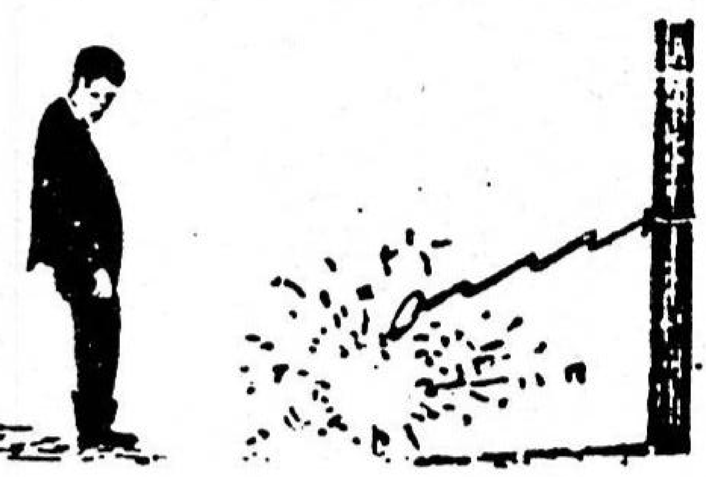


Aufrüstungsmaßnahmen ab - die "Gefahren des Kommunismus und Linksextremismus".

Bedeutung des Großen Lauschangriffs für die Strafverfolgung

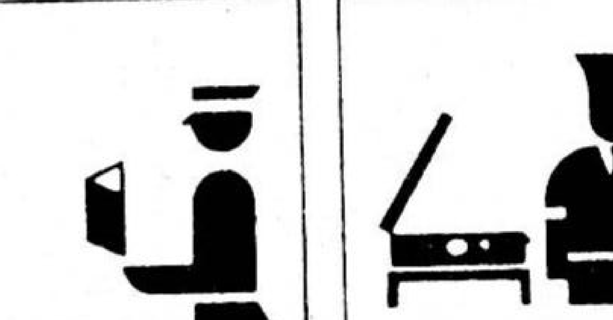
Die Befürworter des Großen Lauschangriffs reiten immer wieder auf dem Argument der Effektivität des Lauschangriffs für die Ergreifung von Verbrechern herum. Wir sind nicht die einzigen, die vermuten, daß sich die Legalisierung des Großen Lauschangriffs durchaus nicht als besonders effektiv erweisen wird, schließlich werden sowohl dieser, als auch die durch das OrgKG kürzlich legalisierten geheimpolizeilichen Strukturen seit Jahren ohne nennenswerte Erfolge praktiziert. Die Kämpfer für den Großen Lauschangriff beharren zwar immer wieder darauf, er wäre unbedingt erforderlich, um an die "Hintermänner" heranzukommen, verschweigen dabei aber selbstredend, daß die Innnenministerkonferenz vor zehn Jahren mit derselben Begründung die Einführung des Verdeckten Ermittlers durchgesetzt hat. Heute bestätigen Polizeiexperten die Auffassung damaliger Kritiker, auf diese Weise sei an die Drahtzieher nicht heranzukommen. Ganz ähnlich würde es dem Großen Lauschangriff ergehen, da auch dieser technisch seine Grenzen hat. Die Mittel zum Schutz vor Lauschangriffen sind ja allseits bekannt : Gespräche können an bestimmten unbekannten Stellen im Freien oder in durch Störsender oder primitiver durch laute Musik oder Badewasserrauschen "abhörgesicherten" Räumen geführt werden...





Das gängiste Argument für den Großen Lauschangriff ist der Verweis auf die angeblichen Erfolge, die mit Überwachungsmaßnahmen solcher Art in den USA erzielt worden seien. Tatsächlich gelang es den dortigen Bullen immer mal wieder, mit kleinen Wanzen in Telefonen, Abhörgeräten in Spielcasinos und Geschäftsräumen Gespräche aufzuzeichnen, die später im Prozeß als Beweismittel dienten. Aufgespürt haben sie die Gesuchten mit dieser Methode allerdings höchst selten. Meist wurde erst nach Tips ehemaliger Mitläufer irgendwo abgehört und in erster Linie, um an weiter Beweise heranzukommen. Diese Zeiten sind übrigens auch schon wieder vorbei, da die Mafia sich inzwischen darauf eingestellt hat und oben genannte Vorkehrungen zur Abhörsicherung trifft.

Solches wird hier natürlich nicht zur Kenntnis genommen, so beharrt BKA-Vizechef Köhler dummdreist weiter auf der Effektivität des Lauschangriffs: "Die Mafia kann doch nicht einfach zu Hause die Tür zuschlagen und die Polizei bleibt draußen vor. Mir liegt das Grundgesetz doch auch am Herzen. Aber wenn ich zwischen der Unverletzlichkeit der Wohnung und einem rasanten Vertrauensverlust der Bürger in ihren Staat zu wählen habe, fällt mir die Entscheidung leicht" (Die Zeit, 16.10.92.)







20. 23. 26. März

Aktionstage

gegen Abschottung
gegen Abschiebung

für gleiche Rechte
für ImmigrantInnen, Flüchtlinge und Deutsche

Mit den 3 Aktionstagen wollen wir unseren Widerstand gegen die rassistische Flüchtlings -und AusländerInnenpolitik in Deutschland deutlich machen.Das Hauptthema ist der sogenannte "Asylkompromiß", der zur Zeit im Bundestag beschlossen wird und faktisch die Abschaffung des Asylrechts bedeutet. Gleichzeitig sollen die Verbindungen zur bestehenden militärischen "Grenzsicherungs "-und Abschiebepraxis, sowie der Diskriminierung der hier lebenden AusländerInnen durch das Ausländergesetz, Kürzung der Sozialhilfe, Vorenthaltung des Wahlrechts, Lagerunterbringung etc. aufgezeigt werden.
Gruppen und Einzelpersonen sollten mit eigenen dezentralen Aktionen auf den Straßen präsent sein und die Leute direkt mit dem staatlichen und alltäglichen Rassismus konfrontieren - Erobern wir uns die Straße zurück!.
Die Aktionsformen könnten z.B. sein: Straßenaktionstheater, Transparentaktionen, Kundgebung, Flugiverteilen - Der Phantasie der einzelnen Gruppen und Personen sind keine Grenzen gesetzt.
Die 3 Aktionstagen können Auftakt sein für aktives gemeinsames Handeln gegen die bevorstehende Umsetzung der Asylrechtsabschaffung und die bestehende Ausgrenzung und Diskriminierung von AusländerInnen in Form von z.b.: Abschiebung, Flüchtlingslager, Abschottung der Grenzen, Sozialhilfekürzung, Behördengewalt etc.

vorläufiges Programm:

Sammstag 20.3.	**"Die Mauer muß weg"**	10.00 Hertie, U-Turmstr. Antifaschistischer Kiezspaziergang
		11.00 Wilmersdorferstr. Sraßenaktionstheater
Dienstag 23.3	**Asyl - Keine Kompromisse**	16.00 Müllerstr., U-Wedding Protestkundgebung vor Berliner SPD Zentrale
		17.00 U-Bahnaktion
		Straßenaktionstheater
Freitag 26.3.	**Die Schreibtisch-täterInnen sind unter uns**	16.00 Hohenschönhausen Haupt/Rhinstr. Kundgebung mit Straßentheater
		16.00 U- Amrumerstr. Kundgebung

Beteiligt Euch mit eigenen Aktionen!!
Klinkt Euch ein!

Letztes Vorbereitungstreffen:So. 14.3. 19.00 im baz (Oranienstr.)
Infos und weitere Termine: Infotelefon: 251 22 77
Fr + Sa: 16 - 4.00 So. 18 - 0.00 Mi. 18 - 20.00
Plakate und Flugis können bei "Schwarze Risse" abgeholt werden

Was der Solidarpakt mit Flüchtlingslagern zu tun hat

Das Problem sind die angekündigten Kürzungen im Sozialbereich, daß das Existenzminimum Sozialhilfe immer weniger wird, das die Gesundheitsversorgung immer teurer wird und daß die Arbeitgeber sagen, "mehr Lohn gibt's nicht". Dafür steigen auf der anderen Seite die Mieten, die Preise und die Steuern immer weiter. Unser Problem ist doch, das wir nächstes Jahr 300 DM Autobahngebühr zahlen sollen, aber nichts dafür bekommen. Auf der anderen Seite jagd in Bonn ein Skandal den nächsten, Parteispendenskandal, selbstherrliche Diätenerhöhung, korrupte Politiker, die Millionenpleite mit den neuen Postleitzahlen, Waffenschiebereien nach Taiwan.
Und letztlich ist es doch das Wiedervereinigungsprojekt der Regierenden selber, dem wir die ganze Krise, den sogenannten "Solidarpakt", die neue Sturheit der Arbeitgeber und die Kürzungen zu verdanken haben. Weil die sich den ganzen Osten eingesackt haben, um dort Mercedesvertretungen hinzubauen und Eduscho-Kaffee zu verkaufen sollen ausgerechnet wir kürzer treten.
Aber seit zwei Jahren wird auf Flüchtlingen rumgehackt, als seien sie das Problem. Durch die Abschiebungen wird doch keine Sozialwohnung größer, die Preise sinken nicht einen Deut und die Summe auf dem Lohnstreifen wird auch nicht höher. Flüchtlinge sind letztlich ganz normale Leute, sie wollen in Ruhe gelassen werden, vernünftig wohnen, selber kochen, Geld verdienen und so weiter. Nichts besonderes eigentlich, ist halt das, was alle wollen. Es sind doch die da oben, die anders sind, die immer mehr wollen: mehr Millionen, mehr Autos, mehr Luxus, mehr Einfluß, mehr von allem.
Die 110.000-DM-Bestechungsautos des Ministerpräsidenten Streibel, oder seinen 10.000 DM Kenia-Urlaub kann mensch doch nicht gleichsetzen mit den 480 DM Sozialhilfe. Angesichts solcher Kleckerbeträge ausgerechnet Flüchtlinge als "Asyl- und Sozialhilfebetrüger" auf den Pranger der neuen Sammellager zu stellen, ist absurd. Das kann nichts anderes sein, als ein gigantisches Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Urhebern des ganzen Misere. Die hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun, also muß diese ganze Hetze endlich aufhören, die Sammellager und Aussonderung; der Rassismus nützt UNS überhauptnichts.
Konkret soll am **1.4.** das neue Asylverfahrensgesetz komplett anfangen zu arbeiten, dazu wurden die Grundrechte aller eingeschränkt! Das heißt: alle Neuankömmlinge kommen in große Sammellager, ein Drittel wird einem gesonderten Verfahren unterzogen, ohne Sozialhilfe können sie sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten, Widersprüche sind kaum noch möglich und nach 12 Wochen werden sie wieder abgeschoben, war alles umsonst. Alle anderen kommen ebenfalls in Sammelunterkünfte, dann sitzen insgesamt rund 300.000 Menschen in solchen Dingern ein, weil auf ihrem Pass nicht Bundesrepublik Deutschland, sondern Republik Ghana, Bundesrepublik Jugoslawien oder Sri Lanka steht. Solche Einrichtungen sind nichts anderes als Abschiebelager für einen aktuell unerwünschten Teil der Bevölkerung (und keine/r kann vorraussagen, wann ein anderer Teil unerwünscht wird, sind es bald die Alten, die unheilbar Kranken, Behinderte, Arme?).
Das es ausgerechnet die Wohlfahrtsverbände sind, die diese Pranger, diese Gefängnis-ähnlichen Lager errichten und betreiben, ist skandalös
Seit Anfang des Jahres entwickelt sich eine **bundesweite Koordinat. "Gegen Sammellager, Aussonderung und Abschiebung".** Über 20 Städte sind bisher beteiligt, es gab Hungerstreiks (Köln), Blockaden (Brandenburg), Besetzungen (Freiburg, Göttingen) und aufgerissene Zäune (Münster). Dabei geht es nicht um Lager im engeren Sinne, sondern allgemein um Behördenwillkür, selbstherrliche Verwaltungsrichter, wildgewordene Polizisten und Wohnraumdealer. Mit diesem Aufruf geht es um den ZWEITEN BUNDESWEITEN AKTIONSTAG, Thema sind die Profiteure von Lagern, also die Betreiber, Großküchen und Baufirmen. Der erste Aktionstag zielte auf die verantwortlichen Behörden, die folgenden thematisieren die "Einsperrung" (3.Tag, etwa Ende April), die "SchreibtischtäterInnen" (4.Tag, ev. Ende Mai) und die "Abschiebungen" (5.Tag, im Juni).

Aufruf zum 2. bundesweiten Aktionstag

der Koordination gegen Sammellager und Aussonderung

"Wer Lager betreibt, kann was erleben!"

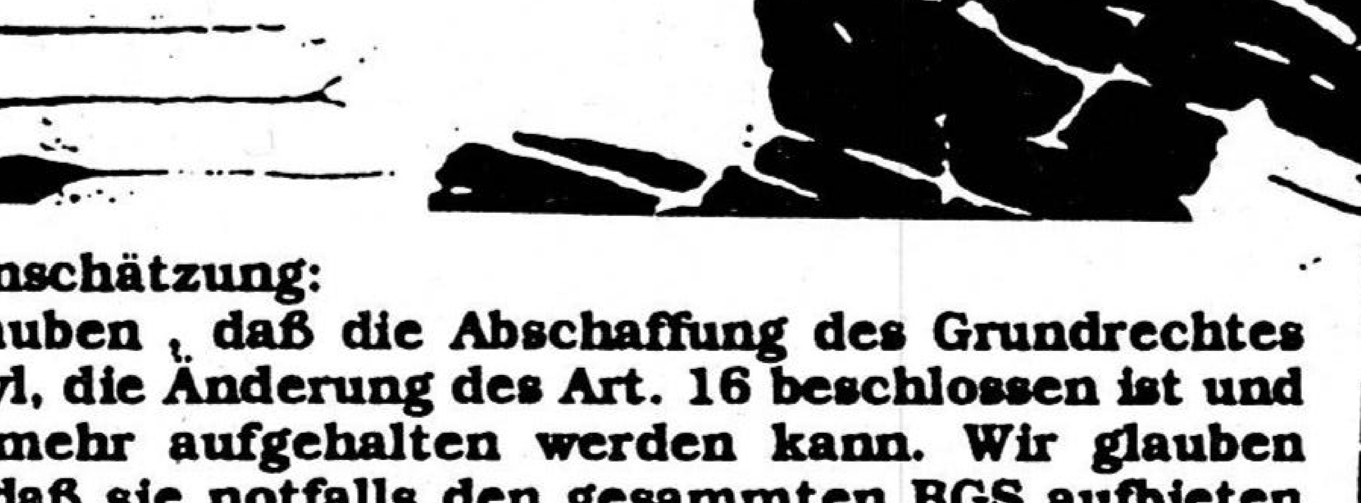
Donnerstag, 18. März, 15 Uhr AWO-Zentrale, Auf den Häfen/Ecke Rembertikreisel

Bremer Kampagne gegen Sammellager, Antirassismus-Büro u.a



TANZ IN BONN

BUNDESTAGS BLOCKADE



Bundstagsblockade in Bonn am Tag der 3, Lesung des "Asylkompromisses"

Der aktuelle Stand:
Es hat mehrere bundesweite autonome Vorbereitungstreffen sowie ein erstes Treffen mit dem "Bündnis", in dem Gruppen wie Pro Asyl und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie vertreten sind, gegeben. Es wird am Tag vorher eine gemeinsame Pressekonferenz geben sowie am Morgen des Blockadetages eine gemeinsame Auftaktkundgebung. Danach scheiden sich die Geister ein wenig, liegen jedoch nicht zu weit auseinander. Das "Bündnis" ruft zu einem friedlichen Einsickern in die Bannmeile auf um dierekt vor dem Bundestag zu demonstrieren. "Unser" Ziel ist es zunächst eine wirksame Blockade des Verkehrs um und in die Bannmeile zu erreichen und durch phantasievolle Aktionen so etwas wie Chaos herzustellen. Hierzu gibt es schon Pläne mit den entsprechenden Blockadepunkten und eine Aufteilung der Städte. Was dann später noch alles möglich ist, wird sich dann vor Ort entscheiden. Am Ende der verschiedenen Aktionen soll es noch eine gemeinsame Abschlußkundgebung geben.
Wahrscheinlich wird das ganze Anfang April stattfinden. Die letzten offiziellen Stellungnahmen lauteten, daß die 1. Lesung der "Asylbegleitgesetzte" am 5.3. stattfinden soll und die beiden 3. Lesungen (Art. 16 und Begleitgesetze) Anfang April, damit sie nach Ostern in Kraft treten können.

Zur Vorgeschichte:
Als im Kontext der rassistischen Hetze über ein angebliches "Asylproblem", der Ignoranz gegenüber den massenhaften Angriffen auf Flüchtlinge und deren Wohnungen bzw. Lagern, der Absprachen zwischen Bullen und Faschisten in der Rostocker Brandnacht und den Morden von Mölln die SPD einer Änderung von Art. 16 GG zustimmte, und am 1.2. der sogenannte "Asylkompromiß" zwischen CDU/CSU, FDP und SPD verabredet wurde, haben sich Antifa-Zusammenhänge aus dem Köln-Bonner Raum überlegt dem etwas entgegenzusetzten und zu einer Bundestagsblockade aufzurufen.
Die Mobilisierung erfolgte zunächst in einem engen Antifa-Spektrum, wobei das Ziel jedoch von vornherein war möglichst viele Menschen auf die Straße zu "bringen". Unabhängig davon haben sich Gruppen und Institutionen aus dem kirchlichen, menschenrechtlichen, anti-rassismus Spektrum ähnliches überlegt.

Die Einschätzung:
Wir glauben , daß die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl, die Änderung des Art. 16 beschlossen ist und nicht mehr aufgehalten werden kann. Wir glauben auch, daß sie notfalls den gesammten BGS aufbieten werden um die Bannmeile zu verteidigen. Wir halten es aber trotzdem für richtig an dem Tag nach Bonn zu fahren, weil dort die Leute sitzen die diese Schweinereien verabschieden und um zu zeigen, daß dies nur möglich ist, indem sie von Bullen umringt sind! Zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen in den Städten vorher und an dem Tag sind natürlich ausdrücklich erwünscht.
Es geht bei dieser Blockade eigentlich nicht um den Art. 16. Er ist in der jetzigen Fassung, in Verbindung mit dem Asylbeschleunigungsgesetz und dem Roma Deportationsabkommen schon eine Farce. Daß unsere Forderungen nach offenen Grenzen viel weitergehender sind ist klar. Trotzdem ist es für viele im Moment die einzige legale Möglichkeit ins Land zu kommen, und die gilt es zu erhalten!!!

Alle Frauen und Lesben, die an der Blockade des Bundestages in Bomm am Tag X, wenn die Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl beschlossen wird, teilnehmen wollen, fordern wir auf, sich in Bonn am Sammelpunkt Theodor-Heuss-Straße zu treffen, um dann zu einem gemeinsamen Blockadetreffpunkt zu gehen.
Ob wir FrauenLesben dann eine eigene Blockade bilden oder nur einen Block in einer gemischten Blockade, hängt von unserer Stärke ab.
Also kommt alle !!!

"Wer Kijew hat, kann Rußland zwingen!"

Die Entwicklung deutscher Ukraine-Politik

Die WELT hatte es kürzlich als Schlagzeile formuliert: "Die Ukraine wird ein Schwerpunkt der Bonner Außenpolitik." Im Anschluß an Kinkel will im Juni '93 auch Kohl nach Kiew reisen, um, wie es in einer gemeinsamen Erklärung heißt, der "traditionellen Freundschaft" eine "neue Qualität" zu verleihen. In der Tat waren schon Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler der Ukraine stets besonders zugeneigt. Die Sympathie basiert seit Beginn dieses Jahrhunderts auf Prämissen, die auch für das neuerwachte Interesse der Bundesregierung maßgeblich sind:

Erstens auf dem rassischen Konstrukt, demzufolge der europäische, d.h. zivilisierte Ukrainer das völkische Gegenstück zum Russen darstelle, der "geprägt von über zweihundertfünfzigjähriger Herrschaft der Mongolen und Tataren ... nie so produktiv arbeiten (wird) wie ein Westler." (Reißmüller) Dieses Bild ist nicht allein eine Erfindung deutscher Ideologen, sondern zugleich Hauptinhalt des neuentflammten ukrainischen Nationalismus. Anders als der russische war jener mit antiwestlichen Untertönen nie durchsetzt. Im Gegenteil. Man betrachtet die Ukraine als Teil des Westens, als — so Krawtschuk — "europäische Großmacht", der heute eine Gefahr nur vom Osten aus drohe. Für das Verhältnis zwischen der Ukraine und seinem östlichen Nachbarn gelten insofern Trennungsmomente, die bei der Spaltung Jugoslawiens in das "europäische" Slowenien und Kroatien sowie das "asiatische" Serbien zur Demarkationslinie und schließlich Kriegsfront hochgepeitscht wurden.

Zweitens hat die Ukraine aufgrund ihrer natürlichen Reichtümer für den deutschen Imperialismus schon immer wie ein Magnet gewirkt. Nicht nur als "Kornkammer", sondern auch als eine Art "Ruhrgebiet" der Sowjetunion: 50% des sowjetischen Urans, 45% des sowjetischen Eisenerzes und 26% der sowjetischen Kohle wurden hier 1990 gefördert. "Wenn wir die Ukrainer verlieren, verlieren wir unseren Kopf", soll 1918 schon Lenin erklärt haben und noch drastischer im selben Jahr Trotzki: "Ohne die Ukraine gibt es kein Rußland, ohne ukrainische Kohle, Eisen, Erz, Brot, Salz und ohne das Schwarze Meer kann Rußland nicht existieren, es wird ersticken, und damit auch die Sowjetmacht."

Zu den Schätzen der Ukraine gehören auch die Reichtümer strategischer Natur, die den deutsch-ukrainischen Beziehungen eine besonders prekäre Note verleihen: Als Atommacht könnte die Ukraine Deutschland auf längere Sicht etwas bieten, was ihm Frankreich und die USA bis heute verweigern — eine gleichberechtigte Zusammenarbeit im Atomwaffenbereich. Im Zentralorgan der deutschen Militaristen, der "Europäischen Sicherheit", wird hoffnungsfroh davon gesprochen, daß Kiew das Ziel der Atomwaffenfreiheit nur vorgebe, um westliche Hilfeleistungen zu erhalten. "In der Ukraine laufen indes" — so das bundeswehrnahe Organ — "zwei Prozesse ab: ein nach außen gerichteter und ein nach innen gewandter, der ein militärisch starkes Land wünscht", wofür die Hardthöhe durchaus auch im nuklearen Bereich Verständnis aufzubringen vermag: "Ein möglicher Besitz von Nuklearwaffen könnte auch der Abgrenzung gegenüber Rußland dienen." Das Projekt einer deutsch-ukrainischen Raketenkooperation hatte bereits ganz oben auf der Tagesordnung gestanden, als im Oktober 1992 Schwarz-Schilling, damals noch Kabinettsmitglied, in Kiew weilte. Der grienende Postminister und sein ukrainischer Kollege "kündigten an, daß künftig deutsche Satelliten mit in der Ukraine gebauten Raketen vom einstigen sowjetischen Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan ins All befördert werden sollten. Diese Satelliten könnten dann, auch für die Versorgung deutscher Bevölkerungsgruppen in der GUS, mit deutschsprachigen Programmen genutzt werden." (Stuttgarter Zeitung, 21.10.92)

Das dritte Element der deutschen Ukrainepolitik betrifft die Einflußnahme auf Rußland. Solange die Ukraine Bestandteil einer zaristischen bzw. sowjetischen Großmacht war, sollte Kiew als "deutscher" Brückenkopf entsprechende Dienste leisten. Zugleich nutzte Deutschland jede Möglichkeit, die Ukraine von Rußland abzuspalten und den Gegensatz zwischen Moskau und Kiew zu vertiefen. Zuletzt hatte sich diese Möglichkeit 1990 geboten. Im Frühjahr dieses Jahres war die ukrainische Staatsführung nach München gereist. Dort hatte man ihr nach Auskunft der britischen Zeitschrift "Political Quarterly" seitens der bayerischen Gastgeber zu erkennen gegeben, daß man die ukrainische Ablösebewegung von der Sowjetunion mit der allergrößten Sympathie verfolge. Im Rahmen der bilateralen Gespräche über die deutsche Einheit wurde die Bundesregierung daraufhin von der Sowjetunion aufgefordert, ihren "großen Einfluß bei den Ukrainern dahingehend geltend zu machen, daß die Ukraine Mitglied einer reformierten Sowjetunion bleibt", wie "Political Quarterly" schreibt.

In der Tat war es Kiew, das 1991 den Hebel zur Sprengung der alten Sowjetunion in seiner Hand und jenen im Sinne der bayerischen Empfehlungen zu nutzen verstanden hatte. Im folgenden sollen die Etappen und Grundzüge der "alten" deutschen Ukraine-Politik in Erinnerung gerufen, sowie einige aktuelle Aspekte derselben dargelegt werden.

"Selbstbestimmung" als Teil deutscher Kriegsführung

Schon 1897 hatte Paul Rohrbach, ein führender Osteuropa-Ideologe, die Devise ausgegeben, die dann im Laufe des Ersten Weltkrieges voll zum Tagen kam: "Wenn Rußland noch fünfzig Jahre in Ruhe bleibt, dann kann es vielleicht sein, daß die ukrainische Frage einschläft, trotzdem die ukrainischen Patrioten sich bemühen, sie wach zu machen. Wenn aber der Tag kommt, wo Rußland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß — dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden. Wer Kijew hat, kann Rußland zwingen!" (P. Rohrbach)

Von der Hoffnung auf eine Erhebung der russischen Fremdvölker ließen sich Kaiser und Kanzler leiten, als sie unmittelbar bei

Kriegsausbruch Aktionen in die Wege leiteten, die die ukrainische (überwiegend sozialrevolutionäre) Bewegung "richtig losbinden" sollte. Fortlaufende Finanzspritzen aus Berlin für den "Bund zur Befreiung der Ukraine" sollte in der Entfesselung eines ukrainischen Aufstands ebenso dienen, wie die Absonderung, Aufhetzung und Indienstnahme ukrainischer Kriegsgefangener durch deutsche Spezialkommissionen. Unter dem Banner der "Selbstbestimmung" sollte Rußland "dekomposiert", d.h. in eine Vielzahl von schwachen, anlehnungsbedürftigen Einzelstaaten sowie einen geschwächten Reststaat zerbröselt werden. Insbesondere galt die "Zurückdrängung des Moskowiterreiches nach Osten unter Absplitterung seiner westlichen Landesteile", so Reichskanzler Bethmann-Hollweg in einem Brief an Kaiser Wilhelm, als ein Ziel, daß aller Kriegsopfer würdig sei. Rußland sollte durch Abspaltung seiner Korn -und Rohstoffkammern nicht nur entscheidend geschwächt sondern, Deutschland als Erbfolger Rußlands zugleich gestärkt werden: Die in Denkschriften verpackten Aufrufe der deutschen Schwerindustrie, die Ukraine und ihre Erzvorkommen für Deutschland zu okkupieren, waren Legion und die Forderung nach Umbau des ukrainischen Schienennetzes auf deutsche Spurweite nur ein Programmpunkt unter vielen.

Flankierend wurde von den Ruhrindustriellen, Kirdorf und Hugenberg, der "Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen" gegründet und über eine eigene Zeitschrift ("Osteuropäische Zukunft") auf Massenbasis "Ukrainekunde" betrieben. Entsprechend vorbereitet war die Stimmung, als im Februar 1918 Deutschland — gestützt auf fingierte Hilferufe ukrainischer Nationalisten — mit 500.000 Soldaten, darunter 3.000 Ukrainern nach Kiew marschierte, die dortige bolschewistische Regierung verjagte und sich die Rohstoffgebiete der Ukraine sowie des Donez-Beckens und die Krim unter den Nagel riß. Nachdem die Berliner Regierung ihre ukrainischen Stichwortgeber abgesetzt und eine Marionettenregierung unter dem Großgrundbesitzer Skoropadski installiert hatte, war die "selbstständige" Ukraine endgültig zu einem Anhängsel Deutschlands geworden. Auf drei großen Gebieten — so Fritz Fischer — "entfaltete sich nunmehr, organisiert und gelenkt, die Initiative des Reiches: in der Agrarreform, der Bahn- und Bankenfrage und schließlich in der Eisenerz- und Kohlefrage." Zugleich wurde die Ukraine aus dem Rubelblock herausgelöst und wurden große Pläne zur massenhaften Ansiedlung von Deutschen in der Krimregion geschmiedet, um dort — so General Ludendorff — "ein Staatengebilde" zu schaffen, "in dem der deutsche Einfluß vorherrscht". Daß daraus vorerst nichts wurde, ist bekannt. Nach der deutschen Niederlage und jahrelangen kriegerischen Auseinandersetzungen mit Polen sowie den reaktionären Bürgerkriegsparteien wurde die Ukraine 1920 in die Sowjetunion integriert.

Zwei durchaus aktuelle Aspekte der deutschen Kriegspolitik von 1917/18 fallen ins Auge: Zum einen der Stellenwert, der der Loslösung der Ukraine von Rußland beigemessen wurde. So war die Reichsregierung nach Etablierung der bürgerlichen Herrschaft in Kiew am Überleben der Lenin'schen Regierung geradezu interessiert: "Denn es war vorauszusehen", so Borowsky in seiner Studie, "daß mit dem Sturz der Bolschewiki und der Bildung eines monarchisch-konstitutionellen Regimes in Rußland der sozial- und wirtschaftspolitische Stein des Anstoßes zur ukrainischen Separation wegfallen und Deutschland mit der Ukraine den wichtigsten Stützpunkt zur ‚Durchdringung' Rußlands verlieren würde." Das allgemeine soziale Interesse des Imperialismus am Sturz der Bolschewiki wurde dem Interesse am Erhalt der Einflußgebiete am Dnjepr ganz offenkundig untergeordnet.

Der zweite Aspekt betrifft die im ersten Weltkrieg vollzogene Abkehr von einer allzu plumpen Annektionspolitik zugunsten der indirekten Beherrschung anderer Länder unter der Losung von "Selbstbestimmung" und "Autonomie", welche in der Ukraine wie auch im Baltikum eine innere Selbstverwaltung mit dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland zu kombinieren verstand. Gegenüber dem annektionistischen Imperialismus hatte jener modernisierte, so Borowsky, "den Vorteil, daß er von der revolutionären Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker moralisch gedeckt wurde und daher auch für die Liberalen und Sozialdemokraten annehmbar war."

Der zweite Anlauf

Wenn auch die ukrainischen Exilanten die deutsche Regierung weiterhin als den Schlüssel für die Lösung des osteuropäischen "Gesamtproblems" betrachteten, war doch zunächst die deutsche Ukrainepolitik zu gründlich diskreditiert, um sofort wieder in Erscheinung treten zu können. Erst 1926 wurde ein vom Auswärtigen Amt finanziertes "Ukrainisches Wissenschaftliches Institut" als neue diesbezügliche Kaderschmiede etabliert. Der Leiter dieses Instituts, Ivan Mircuk, hatte sich 1935 freiwillig zum Offiziersdienst gemeldet und in seinen Aufsätzen nicht nur das Konzept der rassistisch begründeten deutsch-ukrainischen Sonderbeziehung propagiert, sondern sich darüber hinaus als extremer Antisemit eine Anerkennung verschafft, die die Naziherrschaft überdauerte: Nach 1945 wurde Mircuk in die Bayerische Akademie der Wissenschaften gewählt. Seit 1955 war er Mitglied des Münchner Instituts zur Erforschung der UdSSR" und Chefredakteur der Zeitschrift "Sowjetstudien".

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung trat die "Stoßrichtung Ukraine" um so energischer in das Stadium konkreter Überlegungen und Pläne. Erneut erlebte die sogenannte "Ukrainewissenschaft" einen Aufschwung, mit deren Hilfe nicht nur die natürlichen Reichtümer jener Regionen im Vorgeschmack statistisch erfaßt, sondern insbesondere der Nachweis erbracht wurde, daß die Ukraine als das natürliche "Vorfeld des Abendlandes" durch uralte und vielseitige "Schicksalsverbindungen" mit dem "Deutschtum" verwoben sei. Schon 1933 versuchte die NSDAP die verschiedenen ukrainischen Emigrantenorganisationen zusammenzufassen und auf spätere militärische Aktionen gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Erfolglos waren diese Anstrengungen nicht: Admiral Canaris ließ ab 1938 ein ukrainisches Spezialbataillon ausbilden, das 1939 beim Überfall auf Polen erstmals zum Einsatz kam. 1943-1945 wüteten in den Reihen der Wehrmacht jene berüchtigte "Ukrainische Division" mit über 10.000 Mann, sowie die SS-Division "Galizien". Zu einschlägiger Berühmtheit hatte es insbesondere das Ukrainer-Bataillon "Nachtigall" gebracht. Es wurde nach dem Polen-Überfall aus kriegserfahrenen ukrainischen Nationalisten unter Führung des Ostforschers Theodor Oberländer zusammengestellt. Mit Oberländer an der Spitze marschierte es am 30.6.1941 in Lwow (dem ehemals galizischen Lemberg — ukrainisch: Lwiw) ein, um dort insbesondere die jüdische Bevölkerung zu massakrieren. Die "Ereignismeldung UdSSR" der Nazi-Schergen vom 30.6. 1941 spricht eine deutliche Sprache: "Von der Sicherheitspolizei wurden 7.000 Juden zur Vergeltung für die unmenschlichen Greueltaten (der Sowjets) zusammengetrieben und erschossen." Auch Oberländer machte anschließend Karriere. Als "Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsge-

schädigte" gehörte er von 1953 bis 1960 verschiedenen Adenauer-Kabinetten an.

Dennoch war das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und ukrainischem Nationalismus nicht unumstritten. Eine "ukrainophile" Linie des "Reichsministers für die besetzten Ostgebiete", Alfred Rosenberg, suchte den ukrainischen Nationalismus für die deutschen Zwecke einzuspannen, während die noch borniertere Konzeption des "Reichskommissar für die Ukraine", Erich Koch, keine "ukrainischen", sondern ausschließlich "deutsche" Interessen anzuerkennen bereit war. Entsprechend widersprüchlich agierten die Deutschen gegenüber der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), deren berüchtigter Führer, Stephan Bandera, 1939 von Deutschland aus dem polnischen Knast und in die antibolschewistische Front entlassen wurde. Als Bandera — gestützt auf die Massaker des "Nachtigall"-Bataillons — am 30.7.1941 eine "selbständige" Ukraine mit eigenem Ministerpräsidenten proklamierte, ging dies der Berliner Führung zu weit. Mit einer Verhaftungswelle gegen den Bandera-Flügel der OUN wurde jenes Experiment liquidiert und das "Nachtigall"-Bataillion aufgelöst. Erst 1944 wurde der ukrainische Nationalismus als Bündnispartner im Kampf gegen die immer näherrückenden Sowjetarmeen von Deutschland erneut hofiert und dafür gesorgt, daß der reaktionärste Teil jener Bewegung in den Westzonen des besetzten Deutschlands Unterschlupf fand. Wenn auch die deutschen Ambitionen mit den Zielen der ukrainischen Nationalisten nicht in Deckung zu bringen waren, hatte sich doch die ideologische Übereinstimmung auf mindestens zwei Gebieten — dem Antisemitismus und dem Antikommunismus — als tragfähig erwiesen.

München, Zeppelinstraße

Über die Zusammenarbeit zwischen Exilukrainern und deutschen Behörden nach 1945 ist mir eine zusammenhängende Untersuchung bisher nicht bekannt. Daß es sie gegeben hat, ist gewiß. Ihre neuen Zelte hatten die Exilukrainer in der Hauptstadt der Ostemigration und dem Knotenpunkt aller einschlägig antikommunistischen Front-Organisationen von Ustacha-Kroaten, Ungarn, Polen, Letten, Esten, Bulgaren und Albanern aufgeschlagen: in München. In der Zeppelinstraße begann ab 1945 Bandera (unter dem Decknamen Popel und von "westlichen", wie es heißt, Finanzquellen gestützt) nicht nur die antibolschewistischen Exilukrainer in der OUN zu organisieren. Von hier aus wurde zugleich die sogenannte "Ukrainische Aufstandsarmee" (UAA) angeleitet, die im Zweiten Weltkrieg vorrangig im Rahmen der Hitler-Armeen gekämpft hatte und bis Anfang der 50er Jahre mit mehreren Bataillonen die damalige Tschechoslowakei (CSR) und die Westukraine in der Region um Lwow unsicher gemacht hatte. Über den Charakter jener Banden gibt ein Programm der OUN-Führung Auskunft, das im Oktober 1945 auf einer Münchener Tagung verabschiedet worden sein soll: "Die bewaffneten Aktionen der UAA in Nordgalizien", heißt es dort, "werden sich in Terroraktionen fortsetzen; ... (Wir werden) auf dem Gebiet der CSR eine Organisation der UAA und ein geeignetes Netz schaffen, damit der Kurierdienst zwischen München und dem Osten ordnungsgemäß funktioniert. ... (Wir werden) die Werbung für die OUN auf dem Gebiet der CSR erweitern und die Bevölkerung propagandistisch gegen die Sowjetordnung ausrichten." (zit. nach Remer/Fricke) Daß der heute in der Ukraine als Nationalheld gefeierte Bandera bei diesen Aktivitäten von der Bundesregierung geschützt und entsprechende Auslieferungsbegehren der Sowjetunion stets abschlägig beschieden wurden, liegt auf der Hand. 1959 wurde er in München von einem Agenten des KGB getötet.

Über die deutsche Ukrainepolitik der 70er und 80er Jahre sind die Anhaltspunkte bisher noch besonders dürftig. War es Zufall, daß 1983 der "Unterschied" zwischen Russen und Ukrainern von Helmut Kohl persönlich in Erinnerung gerufen wurde? Im Juli 1983 war er nach Kiew gereist, "dieser 1.500 Jahre alten europäischen Stadt", wie die FAZ emphatisch schrieb, um in seiner Tischrede "den Anteil der Ukraine an der Geschichte Europas" zu würdigen. (FAZ, 8.7.83) Bis in die Gegenwart hinein ist München der Erscheinungsort der ukrainischen Emigrantenzeitschrift "Schljach Peremohy" (Straße des Sieges) geblieben, deren Mitarbeiter im Rahmen der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung Ruch eine finstere Rolle gespielt haben sollen. (NZZ, 20.9.89)

Seit wann die Ukraine auch formell als "das Partnerland Bayerns am Dnjepr" (FAZ) fungiert, ist mir unbekannt — der Tatbestand spricht allerdings für sich und ist, wie wir oben gesehen haben, auch im Kontext der Auseinandersetzungen um die Zerschlagung der Sowjetunion nicht ohne Bedeutung gewesen..

Die fatale Gesamtausstrahlung der deutschen Einheit hatte die osteuropäischen Nationalismen wie ein Katalysator angeheizt. Ob solche äußeren Faktoren für die Entstehung des neuen ukrainischen Nationalismus eine bedeutsamere Rolle als die eines Geburtshelfers gespielt hatten, ist derzeit nicht zu erkennen.

Kohl versus Gorbatschow

Als erwiesen kann jedoch gelten, daß jene Entwicklung vom Kabinett Kohl — wenn auch nicht marktschreierisch — unterstützt wurde, während Margret Thatcher wie auch George Bush (bei seinem Besuch im August 1991 in Kiew) vor dem "selbstmörderischen Nationalismus" gewarnt und die ukrainische Separationsbewegung offen brüskiert hatten. 1989 begannen sich in der FAZ und der WELT Artikel zu häufen, die fortan — etwa unter der verblüffend geschichtsträchtigen Überschrift "Wenn sich die Ukraine gegen das Moskauer Regime erhebt" — ihren Hoffnungen freien Lauf ließen: "Wenn sich die Ukraine eines Tages aus der Sowjetunion verabschieden sollte, dann gibt es keine Sowjetunion mehr." (Welt, 11.9.89)

Am 3. Dezember 1991 hatten sich über 90% der ukrainischen Bevölkerung in einem Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen und den Abschied von Moskau damit besiegelt. Ein letztes Mal versuchte Gorbatschow zu beschwichtigen: Ein Ja zur Unabhängigkeit sei noch kein Nein zur Union. "Würde aber der 'Prozeß in diese Richtung gedrängt', so Gorbatschow, dann bedeutete das 'eine Katastrophe sowohl für die Union als auch für die Ukraine, Rußland, Europa und die Welt'." (FAZ, 3.12.91) Wie TASS damals meldete, hatte Gorbatschow insbesondere mit Helmut Kohl telefoniert und ihn vor "überstürzten Entscheidungen" gewarnt. Hierfür gab es Gründe.

Einerseits hatte die Riege von Dregger bis Reißmüller nach dem Referendum für die sofortige Anerkennung getrommelt (während die EG eine "abwartende Haltung" eingenommen hatte und das Kohl-Kabinett zumindest die Schamfrist von drei Wochen gewahrt sehen wollte). Andererseits hatten nicht nur die bayerische Staatsregierung sondern auch das Bundeskabinett bereits im Vorfeld des Dezember-Referendums die Ukraine als eigenständigen Faktor fortlaufend hofiert.

Im Oktober 1991 hatte Genscher als "wichtigen Baustein" die "erste deutsche Kulturwoche" in Kiew eröffnet, nachdem er dort "für seine Verdienste um die deutsch-ukrainischen Beziehungen" mit einem Preis ausgezeichnet worden war. Im November 1991 wurde der deutsche "Ab-

rüstungsbotschafter" für mehrtägige Gespräche mit der ukrainischen Regierung nach Kiew geschickt. Ihm folgte wenige Tage nach dem Referendum ein weiterer Sonderbotschafter aus Bonn, dessen Besuch "als Zeichen des besonderen deutschen Interesses an umfassender Vertiefung und Entwicklung der deutsch-ukrainischen Beziehungen gewürdigt worden" sei, wie die FAZ kolportiert. Als erste der nach dem Moskauer Putsch aus der Sowjetunion hervorgegangenen Republiken wurde die Ukraine am 26.12.91 von Bonn schließlich völkerrechtlich anerkannt. Einige Monate später hatte die deutsche Botschaft in Kiew mehr Personal aufzuweisen, als alle anderen westlichen Vertretungen zusammen. Auch ohne Kenntnis der bilateralen Geheimdiplomatie ist somit zu konstatieren, daß Bonn die Zerschlagung der Sowjetunion via ukrainischer Bewegung auch offen ermutigt hatte. Es bleibt die Frage der Atomwaffen. Wird der ukrainische Separatismus auch in dieser Hinsicht von der Bundesregierung unterstützt?

Der Welt drittgrößte Atommacht

"Die 'eurostrategische' Landschaft hat sich mit dem Ende der Sowjetunion und dem Aufstieg der selbständigen Atommacht Ukraine in einer vom Westen noch unbegriffenen Weise verändert", hieß es vor einigen Monaten in der FR. Dieser Einschätzung ist zuzustimmen. Erstens verfügt die Ukraine über das drittstärkste Nuklearpotential der Welt. Zweitens sucht Kiew nicht nur ganz unverhohlen bei der NATO Schutz vor Moskau, sondern man sieht (zumindest von Seiten der deutschen NATO-Macht) durch das ukrainische Potential zugleich die russische Großmacht eingedämmt und gebunden. Drittens wird die Entscheidung der Ukraine über einen Beitritt oder Nichtbeitritt zum Sperrvertrag für die Zukunft jenes Vertragssystems von einer entscheidenden Bedeutung sein. Und viertens könnte der deutschen Nuklearpolitik mit der ukrainischen Atommacht ein künftiger wesentlicher Ansprechpartner erwachsen (was jene nicht davon abhalten bräuchte, eigene Atomwaffenaspirationen mit eben jener neuen Atommacht zu rechtfertigen). Mit anderen Worten: So wie zuvor bei der Zerschlagung der Sowjetunion nimmt heute die Ukraine hinsichtlich der Zukunft des internationalen nuklearen Systems eine Schlüsselstellung ein.

Während demgemäß die ukrainische Nuklearpolitik die Schlagzeilen der angelsächsischen Medien in Beschlag nimmt und seitens der USA kaum ein Mittel (vom finanziellen Anreiz bis zum diplomatischen Druck via der Unterzeichnung des START II-Vertrages) ungenutzt zu bleiben scheint, um die Ukraine zur Atomwaffenfreiheit zu bewegen, wird dieses Thema in den bundesdeutschen Medien heruntergekocht und bleibt der Standpunkt der Bundesregierung merkwürdig ambivalent.

Zwar hütet sich die Bundesregierung, aus dem Reigen internationaler Stellungnahmen auszuscheren, welche auf die künftige Atomwaffenfreiheit der Ukraine insistieren. In den nicht ganz unmaßgeblichen Kommentaren der FAZ wird jedoch eine andere Sprache gesprochen. Das ukrainische Bemühen um militärische Eigenständigkeit sei — so der Ukrainc-Kommentator Werner Adam — "eine begreifliche Reaktion auf die Neigung Rußlands, die anderen Nachfolgestaaten des sowjetischen Imperiums vor vollendete Tatsachen zu stellen." (6.1.92) Von den Ukrainern also zu erwarten — so "W.A." in Abgrenzung zu den USA — "sie soll ohne jede Gegenleistung auf die nukleare Hinterlassenschaft der Sowjetunion verzichten und diese allein Rußland anvertrauen, bedeutet, ihre Sicherheitsinteressen zu ignorieren." (9.1.93) Ambivalent hatte im Februar 1993 auch Klaus Kinkel anläßlich seines Kiew-Besuchs argumentiert. Bei allem "Drängen" auf den ukrainischen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag hatte er doch zugleich das Krawtschuk-Junktim in Bezug auf westliche Sicherheitsgarantien (als Vorbedingung eines Vertragsbeitritts) als "berechtigt" anerkannt — wohl wissend, daß die westlichen Atommächte derartige Garantien nicht geben wollen und Deutschland sie nicht geben kann.

Derartige Andeutungen sollten nicht nur als Ausdruck einer hochbedeutsamen innerimperialistischen Differenz ernstgenommen werden. Als Fingerzeige werden sie vermutlich auch in Kiew ihren Einfluß nicht verfehlen. Die Regierung Krawtschuk steht einerseits vor einem ökonomischen Desaster, was die Immunität gegen äußeren Druck (von seiten Moskaus oder Washingtons) erheblich schwächt. Auf der anderen Seite ist die innenpolitische Front der Atomwaffenbefürworter im Wachsen begriffen, wobei insbesondere interessant ist, die Genese der oppositionellen Ruch-Bewegung zu verfolgen: Einst in der Folge der Katastrophe von Tschernobyl als antinukleares Bündnis entstanden, hatte sich Ruch anschließend zu einem Zentrum der nationalistischen Bewegung entwickelt, um sich mittlerweile — ohne die Gegnerschaft zur zivilen Atomenergienutzung aufzugeben — als entschiedenste Befürworterin eines nationalen Atomwaffenprogramms zu entpuppen.

Selbst wenn das Kiewer Parlament im Frühjahr 1993 seinen grundsätzlichen Willen zum nichtnuklearen Status bekräftigen sollte, würde dies an der Praxis des Lavierens vermutlich wenig ändern: Erstens wird die Ukraine ihre strategischen Atomwaffen auf keinen Fall der russischen Regierung überlassen, d.h. sie müßten vor Ort zerstört werden, wozu aber die Kapazitäten fehlen. Zweitens hat sich die Regierung Krawtschuk eine Auslegung des START-Vertrages zueigen gemacht, derzufolge eine Abschaffung der strategischen Atomwaffen ohnehin erst sieben Jahre nach Ratifizierung jenes Abkommens vorgesehen ist. Ein langer Zeitraum, innerhalb dessen die deutsche Regierungspolitik durchaus geneigt sein könnte, sich die verständnisvolle Flankierung der ukrainischen Position mit nuklearer Münze (d.h. entsprechenden Kooperationsangeboten) honorieren zu lassen. Selbst die von Kinkel ankündigte Zusammenarbeit bei der Vernichtung von Atomwaffen ist unter diesem Aspekt interessant: Anregungen aus der Bundesregierung, etwa das russische Waffenplutonium in Hanau verarbeiten zu lassen, hatte Washington mit Verweis auf Bonner Sperrvertragsverpflichtungen bisher stets zurückpfeifen können.

Der mit dem Kinkel-Besuch in Kiew eingeleitete "Beginn einer Etappe der Vertiefung und des Ausbaus unserer Beziehungen", so Krawtschuk, hat selbstverständlich auch eine ökonomische Dimension. Doch dominiert auf diesem Sektor bisher die wechselseitige Enttäuschung: Die Regierung in Kiew hatte sich erhofft, daß ihre avantgardistische Rolle bei der Zerschlagung der Sowjetunion auf dem Gebiet des Kreditwesens, der Industriekooperation und der Anbahnung besonderer Beziehungen zur EG weitaus großzügiger, als bisher geschehen, honoriert würde. Die Bundesregierung wiederum macht der Ukraine zum Vorwurf, durch Nichtanerkennung sowjetischer Altschulden die Umschuldungsverhandlungen zwischen der GUS und den westlichen Gläubigerländern zu blockieren. Außerdem fordert Bonn, daß die Ukraine jedem ausländischen Interessenten den privaten Erwerb von Eigentum an Grund und Boden uneingeschränkt möglich macht, was nicht zuletzt in Hinblick auf die in Aussicht gestellte Besiedlung der Süd-Ukraine durch ca. 400.000 "Deutschstämmige" aus dem GUS-Raum von Bedeutung ist. Last but not least wird

derzeit das Geschäft mit Kiew durch Hyperinflation und Zahlungsunfähigkeit gründlich verleidet. Dennoch scheint die deutsche Industrie guten Mutes zu sein, daß die Ukraine "nach einer Phase der Emanzipation ...einmal ein starker Partner" sein könnte. An die 90 deutsche Unternehmen haben in Kiew ein Büro eröffnet. Etwa 50 deutsch-ukrainische Gemeinschaftsunternehmungen sind registriert. Eine zweite Tagung des (vom Wirtschaftsministerium initiierten) deutsch-ukrainischen Kooperationsrates hat soeben in Kiew mit 30 Regierungsvertretern und 60 Industrierepräsentanten aus der BRD stattgefunden. Eine Nachfolgetagung ist bereits für Ende 1993 anvisiert. Soviel über die Geschichte und den Stand der deutsch-ukrainischen Beziehungen. Abschließend als Diskussionsanstoß einige

Vage Thesen über eine offene Perspektive

1. Die Zukunft der GUS-Staaten ist heute nicht prognostizierbar — solange dies so bleibt, wird auch die deutsche Osteuropa-Politik, ohne sich festzulegen, ein breites Profil von Optionen abzudecken suchen.

2. Als sicher kann jedoch gelten, daß Rußland in absehbarer Zukunft aufgrund seines militärischen Potentials in Osteuropa ebenso Großmacht und Gegenspieler bleiben wird, wie Deutschland dank seiner Finanzkraft in Westeuropa. Es ist insofern im Interesse des deutschen Imperialismus, die machtpolitischen Spielräume Rußlands (etwa im Bündnis mit der Ukraine oder der Türkei) einzudämmen.

3. Die öffentliche Propagierung einer deutsch-ukrainischen Sonderbeziehung (wie im Vorfeld der beiden Weltkriege) ist zumindest kurzfristig nicht zu erwarten: Es wäre in einer Übergangsphase, wie der gegenwärtigen, geradezu unsinnig, die russische Großmacht vor den Kopf zu stoßen. Dennoch besetzt die Ukraine für den deutschen Imperialismus auch heute eine Schlüsselposition. Erstens, weil allein ihre Existenz Rußland maßgeblich schwächt. Zweitens als Einflußfaktor für den gesamten GUS-Bereich: Immer wieder hatte die Ukraine ihre die GUS betreffenden Absichten mit der Drohung, anderenfalls die GUS-Organe zu verlassen, durchsetzen können. Nach Auskunft ihrer Ideologen "hängen die Sicherheitsinteressen des demokratischen Europas mit der Möglichkeit des zivilisierenden Einflusses auf Rußland zusammen. Zum wesentlichsten Faktor solchen Einflusses wird die Ukraine." ("Europäische Sicherheit", 2/93) Drittens gibt es im deutsch-ukrainischen Verhältnis eine Reihe ideologischer Schnittmengen, die aus der Historie verlängert werden, weil jede kritische Bestandsaufnahme unterbleibt: Der völkische Charakter beider Nationalismen, der Antislawismus sowie der Antikommunismus.

Dies sind zusammengefaßt die Gründe, warum die Bundesregierung (bzw. deren Publizistik) in den bisherigen ukrainisch-russischen Konflikten stets für die Ukraine Partei ergriffen hat.

4. Auch heute gilt das historische Muster, demzufolge der deutsche Imperialismus sich freut, wenn Moskau und Kiew sich streiten. Wie die Auseinandersetzungen über die Umschuldungsverhandlungen beweisen, widerspricht diese These zumindest partiell der Logik der Kapitalverwertung.

Daß das Interesse an Kapitalverwertung von der Logik der Machtpolitik überlagert werden kann, veranschaulicht der Bericht über eine hochrangige Besprechung von Osteuropa-Experten beim Auswärtigen Amt, die unmittelbar nach dem ukrainischen Referendum vom 3.12.1991 stattgefunden hatte. "Beim Bemühen, die Situation und die weitere Entwicklung zu beschreiben, dominierte in der Einschätzung der Experten der Begriff des Chaos und der Anarchie", heißt es bei Karl Feldmeyer in der FAZ. "Unterschiedlich waren allein die Antworten auf die Frage" — und nun wird es spannend! — "ob dieses Chaos als schöpferische Kraft zu bewerten sei, das vor einer 'desintegrativen Reorganisation der Sowjetunion' bewahre, mit dessen Kräften sich der Westen verbünden solle, weil, so urteilte einer der Teilnehmer, Chaos und Krise die angemessenen Formen der Veränderung und Überwindung der sowjetischen Strukturen seien — oder ob man das Chaos eher als Gefahr einzustufen habe, wozu Vertreter der Wirtschaft neigten. Von ihnen kam die Warnung vor einer Glorifizierung des Chaos als 'schöpferisch', denn es bedrohe Millionen mit dem Hungertod." (FAZ, 12.12.91)

5. Die altneue deutsche Ostpolitik hat sich in den letzten zwei Jahren kontinuierlich mit der "schöpferischen Kraft" von "Chaos und Krise" verbündet und hierfür das Risiko von Blutbädern (z.B. in Bosnien) in Kauf genommen. Dies ist der Punkt, in dem sich deutsche Osteuropa-Politik — in der Frage der Anerkennung des Baltikum und Kroatiens oder im Hinblick auf die Ukraine und die Zukunft der GUS — von der Osteuropa-Politik der USA, Großbritanniens oder Frankreichs unterscheidet.

6. Dieses Spezifikum folgt nicht nur dem alten Ziel, den russischen Machtbereich so weit wie möglich zu "dekomposieren". Sondern Chaos und Krise waren bisher ebenso notwendig wie willkommen, um zu vernichten, was unter der Chiffre "Jalta" läuft: Alle an den Sieg über Deutschland erinnernden Überbleibsel im internationalen System. Dieser Reflex auf die Geschichte trägt zwanghafte Züge. Er könnte erklären, warum selbst das kümmerliche Rest-Jugoslawien jenen — mit Titos Partisanenkrieg verknüpften — Namen nicht mehr führen darf und macht zugleich plausibel, daß mit den Balten, Ukrainern und Kroaten erneut auf Nationen gesetzt wird, auf die Deutschland auch in früheren Zeiten sich bevorzugt glaubte stützen zu können.

7. Die altdeutsche Ukrainepolitik und "traditionelle Freundschaft" werden explizit verlängert. In Deutschland interessieren heute nicht historische Bestandsaufnahme und Distanz — von Bruch ganz zu schweigen — sondern die Pflege der deutschen Kriegsgräber, worüber Kinkel in Kiew ein Abkommen zu fordern in der Lage war. Mit den Toten wird aber immer auch die Geschichte geehrt. Gibt es vielleicht auch in der Außenpolitik den von den Mitscherlichs beschriebenen "Wiederholungszwang"?

Max Müntzel

Quellen:
Peter Borowsky, Deutsche Ukrainepolitik 1918, Lübeck 1970; Fritz Fischer, Der Griff zur Weltmacht, Düsseldorf 1967; Claus Remer, Dieter Fricke et.al., Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus, Jena 1969; Nachtigall in Lemberg, in: Spiegel 9/1960; J.G.Reißmüller, Weil Rußland anders ist, in: FAZ, 20.5.92; Osteuropa Nr.6/92, S.521ff; Clemens Range, Die sicherheitspolitischen Verhältnisse zwischen den GUS-Republiken, in: Europäische Sicherheit 1/93, S.45ff; Roger Morgan, Germany in the new Europe, in: The Political Quarterly, Towards a Greater Europe?, Oxford 1992; A. Heinemann, M.Petersen, Die unbekannte Großmacht, in: Blätter 5/1992; Oleg Strekal, Die Ukraine und die NATO, in: Europäische Sicherheit, 2/93, S.84ff; Die neue polnische Ostpolitik, die Ukraine und Weißrußland, in: Osteuropa-Archiv, Oktober 1992 sowie diverse Tages- und Wochenzeitungen.

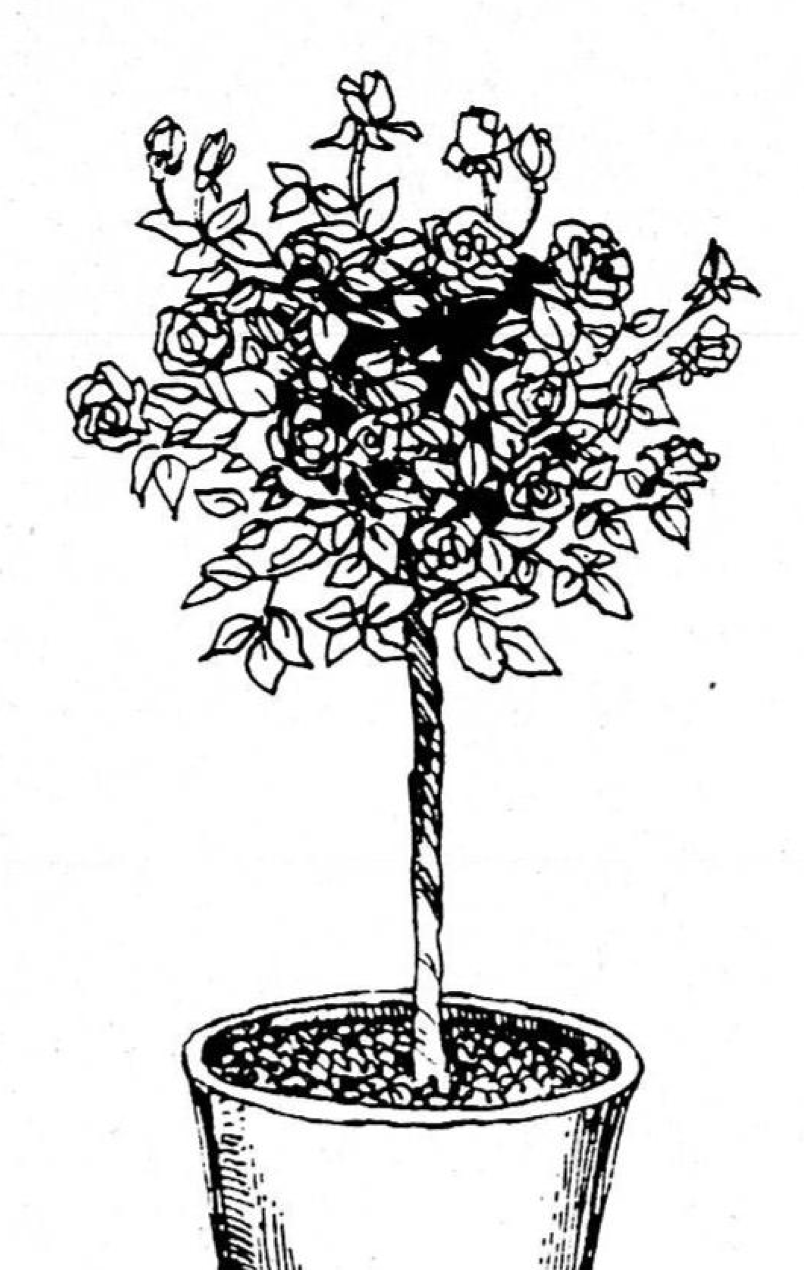


BILD-Analyse „Festung Kreuzberg": Berliner Chaoten im Chaos



Grüner Einband, fünf Seiten – „Geschäftsbericht der Autonomia AG", just erschienen. **Die Berliner Chaoten-Szene zieht Bilanz:** „Neukölln: Supermarkt angesteckt. Friedrichshain: 100 Leute greifen Burger-King an. Kreuzberg: Bagger abgefackelt..." **73 Straftaten, fein säuberlich mit Datum und Ort aufgelistet.** „Die Festung Kreuzberg war bisher für die Polizei nicht zu knacken, eine Änderung ist nicht abzusehen", feixen die Autoren.

Aber die Großspurigkeit täuscht – die autonome Szene in Berlin, rund 1000 Gewalttäter, bröckelt. Die Gründe:

Orientierungslosigkeit – Jüngst griffen Autonome das alternative Kino „Sputnik" im eigenen Kiez (Hasenheide) an, drohten dem Filmvorführer „wir bringen Dich um", zerstörten den Satire-Film „Terror 2000". Kommentar eines Kreuzberger Szene-Gängers: „Idiotisch. Die haben den Film gar nicht begriffen".

Zersplitterung – Ein 20jähriger Anhänger der Autonomen in der „taz": „Es gibt sehr viele Gangs in Kreuzberg und Neukölln, mit denen die Zusammenarbeit schwer fällt, weil sie mit Politik nichts im Sinn haben". Beim Trauermarsch für den ermordeten Berliner Hausbesetzer Silvio Meier marschierten Ostberliner Hausbesetzer und Westberliner Autonome getrennt.

Machtkämpfe – Die Vorbereitungen zur Demo am 1.Mai endeten im Chaos. Im Szene-Blatt „Interim" schimpften Autonome auf Autonome. Zitat: „Das Diskussionsverhalten ist meist auf Machtkämpfe ausgerichtet".

Die Berliner Innenverwaltung beobachtet die Autonomen-Krise aufmerksam. Sprecher Norbert Schmidt: „Wir lassen uns nicht mehr bange machen. Die Szene liegt in den letzten Zuckungen".

Antifa

Ein Ausschnitt aus der Autonomen-Statistik: Steigende Tendenz im „Kampf gegen Faschos".



Termine :

Do,11.3. 21.⁰⁰ Uhr **Film : "Shoah - die Vernichtung der europ. Juden (Teil 1)"**
Videokino Daneben,
Rigaer Str. 84, O-1035 Berlin F'hain

Fr,12.3. 20.⁰⁰ Uhr **Staatliche Repression + Diskriminierung**
gegen Flüchtlinge und MigrantInnen.
Referenten: Bärbel Schmidthals, Ton Veerkamp (ESG)
Café KGB c/o Potse, Potsdamer- 180, 1/62

So,14.3. 12.⁰⁰ Uhr **Geld, Kredit und Wirtschaftspolitik :**
Wie funktioniert Geld und Kredit ? Was machen Banken und Börsen ? Und was hat staatl. Förderung damit zu tun ? (Veranst.: f.e.l.s.)
LAZ, Crellestr. 22, 1/62

21.⁰⁰ Uhr **Film : "Der unsichtbare Aufstand" im Videokino Daneben**
Ein Polit-Thriller über Tupamaros in Lateinamerika.

Di,16.3. 19.⁰⁰ Uhr **Veranst. "Tatort Moabit"**
Justiz in Deutschl. - militaristisch-faschistisch - rechtsstaatlich ?
Heilandskirche, Ottostr. 16, 1/21

21.⁰⁰ Uhr **Film : "Killing Fields - Schreiendes Land"**
(Film über den Kambodscha-Krieg)
im CLASH, Uferstr. 13, 1/65

21.⁰⁰ Uhr **Film : "Der Pannwitz-Blick" im Videokino Daneben**
Ein Film mit einer ungewöhnlichen Sprache, mit ungewöhnlichen Bildern über die Aussonderung von "geistig und körperlich behinderten" Menschen.

Do,18.3. 21.⁰⁰ Uhr **Film : "Shoah - (2.Teil)"** im Videokino Daneben.

Fr,19.3. 20.⁰⁰ Uhr (?) **Europa für wen ?** mit Film :
"Spray der Bestie: Europa '93 - der befreite Markt"
Themen : Binnenmarkt/EG - AusländerInnen- und Asylpolitik/Sicherheitspolitik (Trevi).
anschl.: Dub-Reaggae-Night
Café KGB c/o Potse, Potsdamer- 180, 1/62

Sa,20.3. 14.⁰⁰ Uhr **Antifa-Demo in Adelebsen (Südniedersachsen)**
Näheres: Treff+Plan im Ordner

20., 23., 26. März **Aktionstage gegen Abschottung + Abschiebung - für gleiche Rechte für ImmigrantInnen, Flüchtlinge und Deutsche.** (Aufruf s.S. 29)

26.-28.3. **Bundesweiter Kongress zum Thema "Triple Opression"**
in Halle, Universität.

"Triple Opression" meint die Mechanismen patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Unterdrückung und deren wechselseitige Beziehungen. Der "triple opression"-Ansatz soll kritisch betrachtet, in bezug auf das Verhältnis zur Natur erweitert und hinsichtlich seiner Tragfähigkeit für die politische Praxis erörtert werden. Die Arbeit wird in Plena und Arbeitsgruppen erfolgen, wobei geziehlt ReferentInnen eingeladen sind, die praktische ebenso wie theoretische Aspekte von "triple opression" zur Diskussion stellen werden.
Informationen über den Kongreß und den Reader gibt es über :
Vereinigte Linke Halle, Große Klausstr. 11, O-4020 Halle, Tel. 0345/25537

Termine :

Rap together against racist violence

Rappen wir zusammen gegen rassistische Gewalt

Vom 9.-13. Mai 93 soll im SO 36 ein internationaler RAP-Tag gegen Rassismus im Rahmen der SO-Tage laufen.
Dazu gibt es einen RAP-Workshop zu Texten und Hintergründen und Wettbewerbe für RAP-Gruppen, Singen, Tanzen und Graffit. Wir suchen noch RAP-Gruppen (keine Profis) aus verschiedenen Ländern, die mitmachen wollen.

Kontakte: Babylonia, Cuvrystr. 20, Tel. 611 60 89 am Mo. 15-17 Uhr, Di. und Do. 13³⁰ bis 18⁰⁰

im El Locco

****

A - Kurier

Treffen für Interessierte
jeden Dienstag 19.00 Uhr

Basis Radio

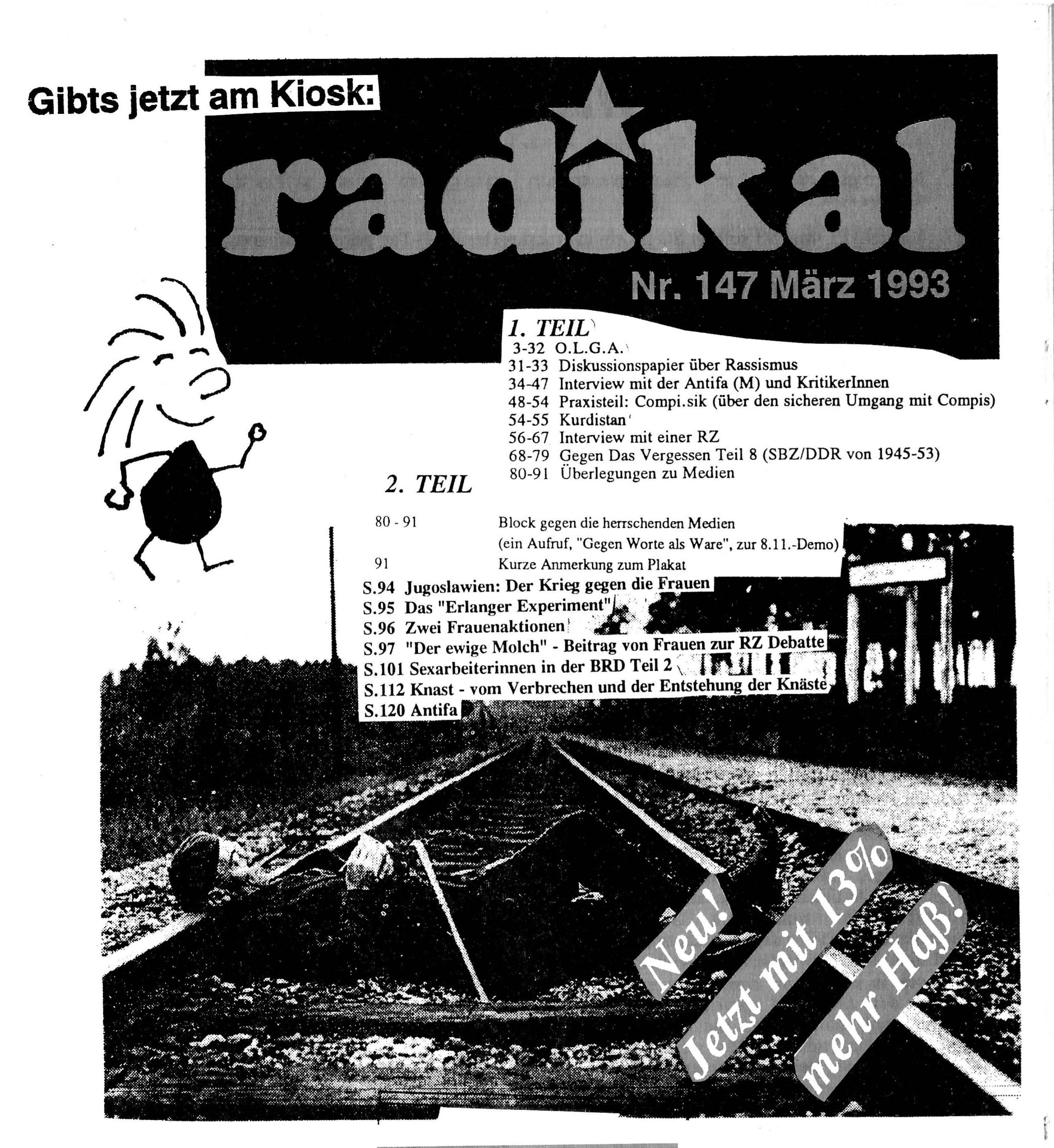
jeden Mittwoch 19.00 Uhr

Bundestagsblockade noch im März?

Inzwischen zeichnet sich ab, daß das Asylrecht am 11./12. oder am 24.März gekippt werden soll.
Unter dem Motto *"Die Brandstifter sitzen in Bonn! Blockieren wir den Bundestag!"* rufen unabhängige, gewaltfreie und autonome gruppen zu Aktionen in Bonn auf. Aus dem Aufruf: "Wir wollen in Bonn die herrschenden Parteien das Menschenrecht auf Asyl nicht ungestört abschaffen lassen. Die, die noch in Berlin (im November) von der Würde des Menschen geheuchelt haben, machen sich nun daran, die Würde des Menschen ein weiteres Mal anzugreifen. Nicht mit uns! Deshalb werden wir eine Leseung des neuen Ansylgesetzes zum Anlaß nehmen, den Bundestag zu blockieren. Auch wenn wir wissen, daß wir die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern können, wollen wir genau dorthin gehen, wo die Verantwortlichen sitzen."
Nach den bisherigen Absprachen ist geplant, um 6 Uhr morgens einen gemeinsamen Auftakt an der B9, U-Bahn-Haltestelle "Neues Museum" zu machen und sich dann auf zwei Blockadepunkte aufzuteilen. Der nördliche Punkt liegt am Bundeskanzler-Platz (Konrad-Adenauer-Str./Reuterstr.), der südliche Punkt am Autobahnzubringer zum Regierungsviertel.

Programmübersicht

Tag	Datum	Art	Titel	Zeit
Di.	02.03.	Video	All Our Lives......	20.00 Uhr
Do.	04.03.	Treff ♀	Anarchistinnen Ausst.	18.00 Uhr
Fr.	05.03.	Collage	Reisesehnsucht......	20.00 Uhr
Sa.	06.03.	Info	Der Bananen-Krieg...	20.00 Uhr
So.	07.03.	Treff	Frühstück-Buffet....	11.00 Uhr
So.	07.03.	Film	Sonne der Hyänen....	17.00 Uhr
Di.	09.03.	Video	Viva la Muerte......	20.00 Uhr
Mi.	10.03.	Collage	Reisesehnsucht......	20.00 Uhr
Do.	11.03.	Video ♀	Aber wir doch nicht.	20.00 Uhr
Fr.	12.03.	Video	Kommune 1,2,3	21.00 Uhr
Sa.	13.03.	Video	Die Kommunebewegung.	19.00 Uhr
Sa.	13.03.	Video	Haben die Kollektive	21.00 Uhr
So.	14.03.	Treff	Frühstück-Buffet....	11.00 Uhr
So.	14.03.	Info	Die Berliner Utopie.	17.00 Uhr
So.	14.03.	Disk.	Abschlußdiskussion..	19.00 Uhr
Di.	16.03.	Video	All Our Lives.......	20.00 Uhr
Mi.	17.03.	Video	Der verlorene Aufbr.	19.00 Uhr
Do.	18.03.	Theater ♀	Frauen-Bilder-Wirkl.	20.00 Uhr
Fr.	19.03.	Info	Der Bananen-Krieg...	20.00 Uhr
Sa.	20.03.	Video	AK Kraak............	20.00 Uhr
So.	21.03.	Treff	Frühstück-Buffet....	11.00 Uhr
So.	21.03.	Film	Sonne der Hyänen....	17.00 Uhr
Di.	23.03.	Video	Viva la Muerte......	20.00 Uhr
Mi.	24.03.	Info	Festung Europa, USA.	19.00 Uhr
Mi.	24.03.	Video	Festung BRD gegen...	21.00 Uhr
Do.	25.03.	Film ♀	Verzaubert..........	20.00 Uhr
Fr.	26.03.	Disco ♀	Frauen/Lesben Party	20.00 Uhr
Sa.	27.03.	Video	Rudolf Rocker	19.00 Uhr
So.	28.03.	Treff	Frühstück-Buffet....	11.00 Uhr
So.	28.03.	Treff	A - Versammlung.....	15.00 Uhr
Di.	30.03.	Video	Das Massaker von S..	19.00 Uhr
Mi.	31.03.	Video	Festung BRD gegen ..	19.00 Uhr
Mi.	31.03.	Info	Festung Europa, USA.	21.00 Uhr



1. TEIL

3-32 O.L.G.A.
31-33 Diskussionspapier über Rassismus
34-47 Interview mit der Antifa (M) und KritikerInnen
48-54 Praxisteil: Compi.sik (über den sicheren Umgang mit Compis)
54-55 Kurdistan
56-67 Interview mit einer RZ
68-79 Gegen Das Vergessen Teil 8 (SBZ/DDR von 1945-53)
80-91 Überlegungen zu Medien

2. TEIL

80 - 91 Block gegen die herrschenden Medien (ein Aufruf, "Gegen Worte als Ware", zur 8.11.-Demo)
91 Kurze Anmerkung zum Plakat
S.94 Jugoslawien: Der Krieg gegen die Frauen
S.95 Das "Erlanger Experiment"
S.96 Zwei Frauenaktionen
S.97 "Der ewige Molch" - Beitrag von Frauen zur RZ Debatte
S.101 Sexarbeiterinnen in der BRD Teil 2
S.112 Knast - vom Verbrechen und der Entstehung der Knäste
S.120 Antifa

Anschrift

Alle Briefe bitte nur im doppelten Umschlag. Auf den äußeren Umschlag:
NN
Van Ostadestraat 233D
NL-1073 TN Amsterdam.
Auf den inneren Umschlag: Z.K.

Bitte keine Schablonenschrift auf dem Umschlag, keine Münzen, keine Schecks. Auch der eigene Absender außen drauf muß nicht unbedingt sein. Datum in deinem Brief wäre aber erfreulich. Für die Beantwortung deines Briefes oder einer Bestellung brauchen wir bis zu 3 Monaten. Bekommst du bis dahin nichts, schreib bitte nochmal.

Abo

kostet 40,-/80,- Pappen für 5/10 Ausgaben, zu zahlen bar und im voraus. Sag bitte Bescheid, ob du ab der aktuellen oder folgenden Ausgabe abonnieren willst.
Abos an Infoläden und Gefangene sind umsonst. In beiden Fällen brauchen wir deine/eure Rückmeldung nach jeder Sendung, weil wir den Adressen nicht trauen.

V.i.S.d.P. Rudi Geil, Koblenzer Str.15 ,W-5420 Lahnstein

Aufgepaßt ! Hergeschaut !

Wenn du ein Abo hast, oder aus sonstwelchen Gründen Wert darauf legst, daß wir dich erreichen können, **schick uns bitte möglichst fix deine neue Postleitzahl.** Es genügt ein Zettel mit deiner Nummer, in etwa so: "Nr.01234, PLZ 56789". Fertig. Bloß nicht vergessen, sonst muß unser halbautomatisches Großrechenhirn im Trüben fischen.